

UNI



DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

Ostern in

Corona-Zeiten: Ein Huhn vom Land packt aus. Seite 2

25 Tage Notstand

Corona I: Die gefährliche Lage auf dem Bau • **Corona II:** Was der Bund tut – und was er noch tun muss • **Corona III:** Die schamlosen Pläne der Deregulierer • **Corona IV:** Die grauenhaften Zustände in den griechischen Flüchtlingscamps. • **Corona V:** Menschen, die für uns durchhalten müssen. • **Corona VI:** Diese Firmen missbrauchen die Krise. Und vieles mehr in dieser **work-Spezialnummer.**

Corona-Krise: Das sind Ihre Rechte

Kurzarbeit? Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz? Betreuungspflichten? Fragen und Antworten auf www.unia.ch/coronavirus und im work-Ratgeber. Seiten 16–17



EIN WINZIGER VIRUS

Covid 19 ist nur ein Virus. Zehntausendmal kleiner als ein Mensch. Hat keinen Stoffwechsel, benötigt keine Nahrung, atmet nicht. Dennoch zittern wir vor ihm. Wir hier im hochindustrialisierten Norden, wir dachten, wir hätten Infektionskrankheiten längst im Griff. Jetzt belehrt uns dieser winzige Virus rabiats eines Besseren. Wir haben weder Medikamente noch einen Impfstoff. Bisher. Mehr noch: Die Pharmamultis Roche und Novartis haben ihre Impfstoff-

Durch die Krise tragen uns jetzt nicht die mit den Boni.

Abteilungen verkauft: zu wenig rentabel (Seite 14). Und obschon die Armee jedes Jahr Milliarden verpulvert,

haben ihre ehemaligen SVP-Chefs Ogi Schmid, Maurer und Parmelin all die Jahre keine Depots mit Schutzmasken, Schutzanzügen und Beatmungsgeräten angelegt. Derzeit grassiert weltweit eine regelrechte Schutzmasken-Piraterie (Seite 8). Der Schwarzmarkt blüht. Und die Mafia blüht auf. Auch das lehrt uns dieser winzige Virus: Wo kein Staat ist, übernehmen die Clans. Korruption und Dunkelheit.

COVID 19 IST NUR VIRUS. Zehntausendmal kleiner als ein Mensch. Dennoch zittern wir vor ihm. Was marktgläubige Regierungen mit starrem Blick auf den Profit in den letzten Jahrzehnten sparten und schleiften, fehlt uns jetzt in der Krise. Zu wenig Gesundheitswesen, zu wenig Service public, zu wenig Solidarität kann tödlich sein. Wer eine allgemeine Krankenversicherung als Kommunismus abtat, kommt jetzt brutal auf die Welt. Wer sich dazu noch von einem testosterongesteuerten hartrechten Maniac regieren lässt, erst Recht. Donald Trump in Washington, Boris Johnson in London und Jair Bolsonaro in Brasília: alle haben sie so lange gewitzelt, geblufft und geschwafelt, bis ihnen der Virus als nationaler Notstand um die Ohren flog (Seite 7). Johnson schüttelte weiterhin Hände, auch die von Corona-Patienten. Jetzt liegt er auf der Intensivstation (Stand 7. April). Wissenschaftsfeindlichkeit und Mackertum sind schlechte Lebensberater. Auch das lehrt uns dieser winzige Virus.

COVID 19 IST NUR EIN VIRUS. Zehntausendmal kleiner als ein Mensch. Dennoch zittern wir vor ihm. Drum sind wir jetzt so froh, gibt es Pflegerinnen, Bäckerinnen, Reinigerinnen, Verkäufer, Metzger und Stromer. Sie tragen uns durch die Krise (Seiten 4–5). Nicht die Banker und auch nicht die Versicherungshengste. Durch die Corona-Krise tragen uns nicht die mit den Millionen-Boni. Sondern die, die unter den Krankenkassenprämien ächzen. Was für eine Gesellschaft überlebensnotwendige Arbeit ist, auch das lehrt uns dieser winzige Virus. Und dass es vor allem die Frauen sind, die sie verrichten. In Corona-Zeiten und auch sonst.

Ostern in Corona- Zeiten

Ein Huhn packt aus



«Guten Tag, ich bin eine Zwergwyandotte, porzellanfarbig, und heisse Henriette Hermine. Doch so nennt mich nur meine Mutter. Meine Schwestern gackern «Henher». Die zweibeinige Chefin vom Areal, auf dem wir wohnen, sagt bloss «Henne». Früher, als ich noch jünger, kleiner und feiner war, rief sie mich noch «Bibeli». Tempi passati. Ein bisschen aus der Zeit gefallen. So wie unsere Arbeits- und Lebensbedingungen. Uns ist es wohl. Viel Platz, genug zu fressen. Würmer, Larven, Körner und ab und an Reste von Teigwaren, Kartoffeln und Gemüse. Manchmal sogar mit Sauce. Und seit Wochen gutes Wetter. Ein hönner Leben! Eier legen wir, wenn wir wollen und können, das ist so alle 28 Stunden der Fall.

MITHÜHNER. Kürzlich habe ich aus dem Hühnerdepartement erfahren: Im letzten Jahr legten Schweizer Hennen über eine Milliarde Eier. Davon wurden 784 Millionen über den Detailhandel verkauft. Davon stammen 267 aus Freiland-Haltung (plus 24,8 Prozent) und 126 Millionen von Bio-Hühnern (plus 6,7 Prozent). Aber leider immernoch 208 Millionen (minus 17,4 Prozent) wurden von Geschlechtsgeossinnen gelegt, die in «Bodenhaltung» leben müssen. Da wurde vor Jahren der Gitter-Käfig einfach durch einen Käfig mit Boden ersetzt. Ich freue mich, dass immerhin ein wachsender Anteil meiner Mithühner jetzt unter den «Freiland»-Bedingungen leben dürfen. Und natürlich besonders, dass die Menschen mehr Bio-Eier kaufen. Wer noch mehr Details wissen möchte, kann hier rebrand.ly/eier-milliarde

Frohe Ostern, bleibt gesund!



und hier rebrand.ly/huehner-haltung schauen.

BILBO. Auf dem Foto sieht man auch unseren ehemaligen Mitbewohner Bilbo. Er ist unlängst uralt gestorben. Fällt also aus für diese Ostertage. Die Hochsaison der Hasen und Hühner. Wobei Bilbo gar kein Hase war, sondern ein grosser Chüngel. Und – unter uns gesagt – hat er schon die letzten Saisons nicht mehr so richtig mit uns rumgeieert. Er



HAPPY HÜHNERHOF: Henriette Hermine, genannt «Henher», mit Chüngel Bilbo. FOTO: VERENA ZÜRCHER



hat geschlafen und gefressen: Salat bis Spaghetti. Und sich dann wieder in seine Höhle unter dem Hühnerhof verzogen. Nur wenn die Sonne richtig warm schien, lag er bräsig und breit mitten im Hof. Aber nett war er schon. Vielleicht haben wir ihn auch ganz einfach nicht interessiert, ausser es ging ums Futter, da konnte der Chüngel chnurren wie ein Hund.

Apropos Hund: den gibt's hier auch. Einen Border Collie, aber ein bisschen klein geraten. Er knurrt nicht, er gixt. Auch darum nennen wir ihn hühnerhof-intern nur das motorisierte Meersäuli. Er ist eigentlich auch ganz freundlich. Einfach manchmal ein bisschen laut und übermotiviert. So hilfsspolizistig. Dann gibt's da noch zwei Esel, drei Schafe und zwei Geissen. Mit denen haben wir nicht so viel zu tun. Wir hören sie nur lärmern. Die Geissen brechen ab und an in unser Haus ein, um unsere Körner zu fressen. Viel zu tun haben wir dafür mit dem Güggel und unseren Brüdern. Die taugen zwar noch zu nichts, führen sich aber auf wie der Grosse. Wenn sie dann so seitwärts trippeln, denken sie wieder nur an das eine. Es ist lästig, sie immer wieder abzuschütteln. Richtig #MeToo!

HUNGER. In unserer Nachbarschaft lebt auch ein Fuchs. Er möchte gerne in der ehemaligen Höhle von Bilbo wohnen. Mitten in unserem Garten. Er gräbt seit Monaten. Und er ist ja eigentlich gar nicht so unsympathisch. Wir haben das diskutiert. Aber wir sind doch mehrheitlich dagegen. Weil: was passiert, wenn er seine jährlich 3000 Mäuse nicht erwischt, weil die Bauern weiter ihre Felder vergiften? Dann hat er Hunger und frisst uns. Besonders in der Nacht sind wir darum froh, dass wir eingesperrt sind.



HÄBET SORG! Ihr, liebe Leserinnen und Leser, seid ja jetzt auch mehr oder weniger eingesperrt. Was bei euch Corona ist, heisst bei uns Milben-Befall. Zur Bekämpfung müssen wir dann draussen bleiben. Und nicht drinnen, wie ihr. Bis der Stall wieder kleinviecherfrei ist. Das dauert, weil die Chefin nur mit Farnwedeln und Thymian ankämpft. Ich hoffe, bei euch ist's auch irgendwann wieder vorbei. So, das wär's vorläufig von mir! Frohe Ostern – wo auch immer. Bleibt gesund! Ich lege jetzt gleich ein Ei und denke an euch dabei #staystrong #stayhealthy #coronamyass. Häbet Sorg, u löht euch nüt la gfaue, heyeiei!»



AUFGEZEICHNET VON CLEMENS STUDER

Unia hilft ihren Mieterinnen und Mietern in Bedrängnis: Mietzinserlass für den Monat April

In einer Unia-Liegenschaft eingemietete KMU, die Zahlungsprobleme wegen der Corona-Pandemie haben, dürfen auf einen Mieterlass hoffen.

RALPH HUG

Die Unia-Geschäftsleitung hat für Mietende in Bedrängnis soeben einen Mietzinserlass für den April beschlossen. Dies bestätigt Kommunikationschef Serge Gnos. Den Erlass gibt es unter zwei Bedingungen, wie Gnos präzisiert: «Er gilt für KMU, die aufgrund des Beschlusses der Behör-

den schliessen mussten und bei denen keine Pandemie-Versicherung oder die öffentliche Hand wie in Genf die Miete zahlt.»

FORTSCHRITTLICH. Bei der Unia waren Dutzende von entsprechenden Gesuchen von Ladeninhaberinnen und Gewerbetreibenden eingegangen. Um ihnen zu helfen, schloss die Unia zuerst Stundungsvereinbarungen ab. Jetzt folgt der einmonatige Mietzinserlass für die erwähnten Betroffenen. Überall sonst versucht die Unia mit Stundungen, den Mietern zu helfen. Die Gewerk-

schaft und ihre Pensionskasse halten über die Immobilienverwaltung Zivag AG rund 2600 Mietobjekte. Mit dieser Politik zählt die Unia zu den fortschrittlichen Vermietern. Dies entgegen Medienberichten, die der Gewerkschaft eine hartherzige Haltung unterstellen wollten.

Auslöser dafür waren Kommunikationsprobleme in Einzelfällen. Die Unia-Leitung hatte von Anfang an Stundungsvereinbarungen für die Krisenzeit angestrebt. Danach sollte es Verhandlungen über Mietzinserlasse geben. Und zwar individuell.

Gnos: «Jeder Fall soll einzeln angeschaut werden. Ein Kleingewerbe ist nicht gleich wie eine Coop-Filiale zu behandeln.» Renditegetriebene Immobilienkonzerne, die teils an der Börse kotiert sind, schalten dagegen auf stur. Diese haben ihren Mietern klargemacht, dass sie keine Erlasse gewähren werden und die Miete geschuldet bleibt.

Genau gleich tönt es beim Hauseigentümerverband, der von Anwälten und Hardlinern aus der SVP dominiert ist, sowie beim Verband der Immobilienrentner SVIT.



ANSTECKUNGSGEFAHR: Sieben von über 4000 Meldungen von Regelverstössen auf Schweizer Baustellen, die bei der Unia eingegangen sind. FOTOS: ZVG

Völlig ungenügender Schutz vor der Corona-Pandemie auf dem Bau

Nur 28 Kontrolleure für Zehntausende Baustellen

Der Bundesrat hat die Suva beauftragt, den Corona-Schutz auf dem Bau zu überwachen. Doch es fehlt massiv an Personal.

JONAS KOMPOSCH

Ende März druckte der «Zürcher Oberländer» ein Interview ab, wie es in Schweizer Zeitungen nur noch selten zu finden ist. Denn für einmal hatte nicht ein hohes Tier aus der Politik das Wort, sondern ein Arbeiter – nämlich der Zürcher Maurer Marco Lehnherr*. Er wurde gefragt, ob er auf seiner Baustelle die Regel «Nie mehr als fünf Personen zusammenstehen» einhalten könne. Antwort: «Nein.» Und die zwei Meter Abstand zwischen diesen Personen? «Unmöglich.» So wie Lehnherr geht es Tausenden Baubüezern. Bei der Unia sind innert zwei Wochen rund 4000 detaillierte Meldungen über Regelverstösse eingegangen – allesamt vom Bau. Lehnherr spricht für viele, wenn er sagt: «Baustellen sind die grössten Vi-

* Name geändert

renschleudern.» Und: «Die Sicherheit kümmert die Mächtigen nicht, solange es Geld zu scheffeln gibt.»

NUR 25 KONTROLLEN AM TAG

Was aber ist mit den Baustellenkontrollen? Schliesslich hatte der Bundesrat die Schweizerische Unfallversicherungsanstalt (Suva) damit beauftragt, den Corona-Schutz auf dem Bau zu untersuchen. Lehnherr: «Bisher war noch kein Mensch da, um unsere Baustelle zu überprüfen.» Auch mit dieser Feststellung ist der Maurer nicht allein. So sagt Arno Russi, Sektionsleiter der Unia Rhätia-Linth, über die Suva-Kontrollen:

Die Suva hat nicht mehr Kontrolleure als vor Corona.

Sekretär François-Xavier Migy sogar: «Suva-Kontrollen gibt es hier praktisch nicht.» Wen wundert's? Im ganzen Kanton Jura arbeitet nur ein einziger Suva-Kontrolleur. Und der ist auch noch für den Berner Jura und den Kanton Neuenburg zuständig. Wenig besser ist die Situation im Wallis. Im Riesenkanton kontrollieren zwei Suva-Mitarbeitende. Wie steht die Suva dazu? Sprecher

«Da geht viel zu wenig!» Und aus dem Jura meldet Unia-

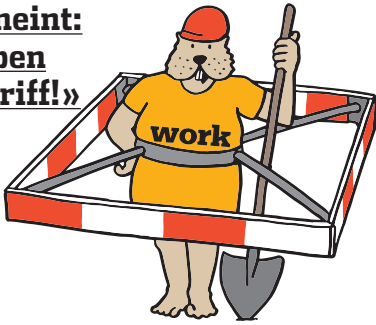
Adrian Vonlanthen sagt, schweizweit seien 28 Kontrolleure im Dienst. Das seien nicht mehr als noch vor der Corona-Krise. Kaum genug also, um den wichtigen Bundesauftrag zu erfüllen. Schliesslich arbeiten im Schweizer Baugewerbe rund 350 000 Personen, davon die Mehrheit auf Baustellen. Und tatsächlich: Vom 13. März bis zum 2. April seien erst «rund 350 Baustellen» kontrolliert worden, schreibt Edith Müller von der Suva-Geschäftsleitung auf Anfrage. Damit habe man das Ziel nicht erreicht. Kein Wunder bei dieser Quote von nur 25 Baustellen pro Arbeitstag!

ARBEITSINSPEKTORATE HELFEN

Wenig erstaunlich auch, dass unter diesen Umständen die Deutschschweizer Kantone erst eine Handvoll Baustellen schliessen mussten. Ganz im Unterschied zur Westschweiz und zum Tessin, wo die Baustellen längst mehrheitlich stillstehen. Das hatte dort nicht nur die Unia gefordert, sondern auch viele besorgte Firmen und sogar die Baumeisterverbände der Kantone Genf, Freiburg, Waadt und Jura. Und im Unterwallis haben sich Politiker unterschiedlichster Couleur zusammengenommen, um endlich den technischen Stop auf dem Bau zu erreichen. So auch Unia-

Mitglied und SP-Nationalrat Mathias Reynard. Die Walliser Regierung reagierte prompt: Noch nicht mit einem Baustopp zwar, aber immerhin mit Hilfe für die Suva, die seither von mehreren kantonalen Arbeitsinspektoren unterstützt wird. Nach Gewerkschaftsprotesten hat sich auch der Kanton Jura bewegt. Dieser stellt neuerdings ganze sieben eigene Kontrolleure. Doch das ist in der Schweiz noch immer eine seltene Ausnahme, wie eine work-Umfrage bei den Kantonen zeigt. Das extreme Gegenbeispiel ist ausgerechnet Zürich, der bevölkerungsreichste Kanton: Das Arbeitsinspektorat hat den Aussendienst am 13. März komplett eingestellt. Kontrollen «hinsichtlich der Hygiene und Distanz» fänden nur statt, wenn eine Meldung vorliege, teilt das Amt für Wirtschaft und Arbeit mit.

Biberli meint: «Wir haben das im Griff!»



Roche-Baustelle: Entlassener Logistiker wehrt sich

Eines Morgens hatte Logistiker Adrian Kaufmann* (42) genug. Er zückte sein Handy und machte ein Foto von seinem Arbeitsplatz – der Basler Mega-Baustelle für das zweite Hochhaus des Pharmakonzerns Roche. 400 Arbeiter kommen dort zu Spitzenzeiten zusammen. Kaufmanns Foto zeigt eine Standardsituation vor Schichtbeginn: Auf einem eingezäunten engen Platz müssen an die 50 Büezer dichtgedrängt auf den Baustellenlift warten. Dabei hat das Bundesamt für Gesundheit (BAG) ver-

ordnet: Keine Ansammlungen über fünf Personen. Und immer zwei Meter Abstand zwischen den einzelnen. Unter solchen Umständen ein Ding der Unmöglichkeit. Doch Bauherrin Roche kümmerte das offenbar nicht.

FALL FÜR JUSTIZ. Auch über eine Woche nach Inkrafttreten der Bundesverordnung zu der Corona-Bekämpfung nicht. Deshalb stellte Kaufmann sein Foto auf Facebook und machte die Zustände öffentlich. Er sagt: «Es ging mir um die Gesundheit von uns Arbeitern und um die meiner

Mutter.» Sie gehört nämlich zu einer Hochrisikogruppe und ist zurzeit auf die Fürsorge ihres Sohnes angewiesen.

Am nächsten Tag dann der Skandal. Kaufmann erzählt: «Plötzlich stand der Baustellenleiter neben mir und erteilte mir Platzverbot.» Grund: Das Fotografieren auf der Roche-Baustelle sei verboten. Für den Logistiker eine schlechte Ausrede, denn: «Für meinen Chef

musste ich auf der Baustelle immer wieder Situationen fotografieren.» Doch genau dieser Chef rief nun an und kündigte Kaufmann fristlos. Das akzeptiert dieser nicht. Mit Unterstützung der Unia wird Kaufmann gegen seine ehemalige Arbeitgeberin, die Mateco Schweiz GmbH, juristisch vorgehen und die Kündigung als missbräuchlich anfechten. Die Erfolgchancen stehen gut.

Das sagte an einer Medienkonferenz sogar Boris Zürcher, der Direktor für Arbeit beim Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco). Und er sagte zudem: «Es liegt auch an den Mitarbeitenden, auf Missstände hinzuweisen.» Genau das hat jetzt schon ein zweiter Arbeiter der Roche-Baustelle gemacht. Er hat der Unia ein Foto von Anfang April zugestellt. Es beweist: Der Sicherheitsabstand kann immer noch nicht eingehalten werden (siehe rebrand.ly/roche). (jok)



Adrian Kaufmann vor der Roche-Baustelle. FOTO: ZVG

* Name geändert

Coiffeur-GAV: Sieg vor Gericht

ZÜRICH. In der Coiffeurbranche ist die Gefahr von Wildwest-Zuständen vorerst gebannt. Denn das Verbot an die Sozialpartner, den Gesamtarbeitsvertrag (GAV) weiter zu verhandeln, ist vom Tisch. Erwirkt hatte das gerichtliche Verbot ein neuer Arbeitgeber-Verein in der Branche namens VSCU (rebrand.ly/coiffeur). Unia-Frau Caroline Ayer über den neuen Entscheid: «Das Gericht ist unseren Argumenten auf der ganzen Linie gefolgt.» Der Verein habe nicht zeigen können, dass er repräsentativ sei. Ayer: «Sobald die Corona-Krise vorbei ist, können die Sozialpartner wieder über den GAV diskutieren.»

Mehrheit hinter Klimastreik

ST. GALLEN. Netto null Emissionen bis 2030: Dies ist die Hauptforderung des Klimastreiks in der Schweiz. Eine repräsentative



KLIMASCHUTZ: Breite Zustimmung trotz Corona. FOTO: KEYSTONE

Umfrage der Uni St. Gallen zeigt jetzt: 60 Prozent der Schweizer und Schweizerinnen unterstützen dies. Der Gletscher-Initiative (netto null bis 2050) würden heute sogar 67 Prozent zustimmen. Und 71 Prozent Zustimmung gab es für die Forderung, den Ausbau der Solarenergie durch einen einmaligen Investitionsbeitrag der Schweizerischen Nationalbank zu beschleunigen.

Österreich: Erfolg für Pflegerinnen

WIEN (A). Nach Streiks und zähen Verhandlungen haben die Angestellten im privaten Gesundheits- und Sozialbereich einen besseren Branchenvertrag: Die Wochenarbeitszeit sinkt ab 2022 von bisher 38 auf 37 Stunden bei gleichem Lohn. Dazu kommt eine einmalige Corona-Zulage von 500 Euro. Die Gewerkschaften hatten nur eine einzige Forderung gestellt: die 35-Stunden-Woche. Dieses Ziel bleibe bestehen, heisst es. Auch, um den Beruf attraktiver zu machen. Heute arbeitet in der Branche nur gerade ein Drittel mehr als 35 Stunden, viele kehren der Pflege ganz den Rücken.

Untersuchung gegen Amazon

NEW YORK (USA). Der Online-Gigant Amazon hat sich einen mächtigen Gegner gemacht: New Yorks Bürgermeister Bill de Blasio lässt bei Amazon eine Untersuchung durchführen. Der Konzern hatte Anfang April den Angestellten Chris Smalls entlassen. Der hatte einen Streik organisiert, nachdem ein Arbeiter an Corona erkrankt war. Amazon behauptet, Smalls sei wegen «Sicherheitsverletzungen» entlassen worden. New Yorks Generalstaatsanwältin Letitia James scheint das nicht zu glauben. Auch sie prüft rechtliche Schritte.



FOTO: ZVG

Mangelnder Schutz. Beispiel Altersheim: Ski- statt Schutzbrille für Pflegerinnen

Anstatt Kurzarbeit anzumelden, stellen immer mehr Chefs ihre Mitarbeitenden auf die Strasse. Andere pfeifen auf die Hygieneregeln des BAG.

CHRISTIAN EGG

Für die rund zwölf Plattenleger der Firma Kerastone in Flawil SG gibt es keine Kurzarbeit. Am 30. März teilte ihnen der Chef mit, wegen der Corona-Krise habe die Firma kein Geld mehr. Er werde Konkurs anmelden, die Mitarbeitenden seien alle per sofort entlassen. Dabei hatte der Bundesrat auf Druck der Gewerkschaften das Instrument der Kurzarbeit erweitert und massiv vereinfacht. Damit sollen Stellen gerettet werden. Ein Erfolg: Bisher haben die Betriebe für knapp 1,5 Millionen Mitarbeitende Kurzarbeit beantragt.

Entlassungen wie bei der Kerastone sind kein Einzelfall, wie die neuesten Berechnungen des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) zeigen: Die Ar-

Statt die Masken fortzuwerfen, müssen die Pflegenden sie zu Hause trocknen lassen.

beitslosigkeit ist seit Ende Februar von 2,5 auf 3,1 Prozent hochgeschneit – ein noch nie gesehener Anstieg in so kurzer Zeit. Daniel Lampart, SGB-Chefökonom: «Der Bund hat die Kurzarbeit stark geöffnet. Dass nun immer noch zahlreiche Arbeitgeber Leute entlassen, ist inakzeptabel.»

Nicht nur das. Immer noch erreichen die Unia täglich Hunderte von Meldungen, wonach Firmen den Schutz ihrer Mitarbeitenden nicht oder nur zögerlich umsetzen. Ein paar Beispiele:

IN DER PFLEGE

In mehreren Altersheimen häufen sich die Corona-Fälle. Aber viele Heime haben zu wenig Masken für ihre Mitarbeitenden. Ein grobes Versagen, sagt Samuel Burri von der Unia: «Laut Pandemieplan des Bundes hätte jedes Heim einen Maskenvorrat von drei Monaten anlegen sollen. Viele haben das verschlumpft.»

Eine Pflegeperson, die eine Hygienemaske trägt, muss diese normalerweise nach zwei Stunden entsorgen. Ein Altersheim im Kanton Bern gab seinen Pflegenden aber nur gerade je fünf Masken ab. Zusammen mit einer Weisung: Bevor sie das Heim betreten, müssen sie eine Maske anziehen, diese den ganzen Tag tragen und nach Gebrauch zu Hause trocknen. «Wenn alle Masken gebraucht wurden, beginnt man wieder mit der ersten.» Für Burri eine unhaltbare Regelung: «Wenn es im Heim einen Corona-Fall gibt, bringen die Pflegenden so den Virus mit nach Hause.»

In einigen Freiburger Heimen behelfen sich die Pflegenden laut «Sonntagszeitung» mit Skibrillen, weil es zu wenig Schutzbrillen gibt. Vielerorts ist zudem

das Personal zu knapp geplant. In der Westschweizer Zeitung «Le Temps» berichtet eine Pflegerin, in ihrem Heim seien rund 30 der 97 Bewohnerinnen und Bewohner an Corona erkrankt. Trotzdem seien in der Nacht gerade mal eine Pflegefachfrau und drei Pflegehelferinnen im Einsatz.

IM DETAILHANDEL

In den Betrieben der Valora (Kiosk, Avec, Brezelkönig) gab es wochenlang weder Plexiglasscheiben zum Schutz der Verkäuferinnen noch Desinfektionsmittel. Anne Rubin von der Unia: «Noch Anfang April gab es Verkaufsstellen ohne Plexiglasscheiben – Valora hat die Massnahmen sehr unprofessionell umgesetzt.» Auch Denner, Aldi und Otto's hätten zu lange gebraucht, um ihre Mitarbeitenden zu schützen.

In der Ostschweiz wollte ein Kunde der Ladenkette Radikal-Liquidationen partout nicht akzeptieren, dass er Artikel aus dem Non-Food-Sortiment nicht kaufen konnte. Er bedrängte eine Verkäuferin trotz deren Bitte, den Abstand von zwei Metern einzuhalten. An der Kasse spuckte er die Frau sogar an, berichtet Danijela Basic von der Unia: «Der Geschäftsführer stellte sich zwar hinter die Verkäuferin, doch die Personalabteilung teilte ihr mit, der Kunde habe sich beschwert.»

AUF DEM BAU

In Freiburg blockierten Arbeiter mit Unterstützung der Unia kurzzeitig eine Baustelle der Implenia. Unia-Mann Armand Jaquier: «Die Vorschriften des BAG wur-

«Zwei Meter Abstand halten auf der Baustelle, das ist gar nicht möglich, das schafftst du nicht.»

MARIO WEBER, BAUARBEITER

den in mehreren Punkten nicht eingehalten.» Allein im Wallis wurden der Unia 283 Verstösse gegen diese Vorschriften gemeldet.

Zwei Meter Abstand halten auf der Baustelle, das sei gar nicht möglich, sagt Bauarbeiter Mario Weber* gegenüber work: «Das schafftst du nicht.» Der 35-jährige berichtet, einer seiner Arbeitskollegen sei kürzlich nicht mehr zur Arbeit erschienen. «Wir erführen dann, dass er Corona hat. Das war schon ein komisches Gefühl.» Die Bauarbeiter seien verunsichert, sagt er: «Wie sollen wir reagieren? Habe ich den Virus vielleicht auch und merke es einfach nicht? Habe ich schon meine Freundin angesteckt?»

IN DER LOGISTIK

Bei der Firma Tony Transport, die für Conforama Möbel ausliefert, sitzen immer zwei Mitarbeiter in der Kabine des Lastwagens. Abstand? Fehlanzeige, sagt Aymen Ben Hadj von der Unia Waadt: «Möbel sind eindeutig nicht Dinge des täglichen Gebrauchs. Trotzdem verlangt die Firma von ihren Beschäftigten, dass sie weiterarbeiten.»

Svenja Egger (20), Pharma-Assistentin im dritten Lehrjahr

«Wir haben jetzt wieder Desinfektionsmittel»

Im letzten work erzählte Pharma-Assistentin Svenja Egger vom Grossandrang in der Apotheke in den Tagen, nachdem der Bundesrat die Schliessung der Schulen verfügt hatte. Jetzt sagt sie:

«Es hat sich beruhigt. In der Apotheke haben wir jetzt sogar etwas weniger Kundschaft als vor der Krise. Dafür liefern wir jetzt mehr nach Hause. Wir haben einen zusätzlichen Mitarbeiter eingestellt, der

bringt die Medikamente den Leuten mit dem Auto, zusätzlich zu den SchülerInnen und Schülern, die die Lieferungen im Quartier schon vorher als Nebenjob gemacht haben. Den Heimlieferdienst haben wir vor allem unseren älteren Kundinnen und Kunden ans Herz gelegt, und sie

«Die Ungewissheit macht mich nervös.»

nutzen ihn stark. Und wir haben auch wieder Desinfektionsmittel geliefert bekommen! Von unserem selbst hergestellten haben wir auch noch Vorrat, aber das brauchen wir derzeit nicht.

PRÜFUNGEN. Leider ist es immer noch unklar, was mit meinen Lehrabschlussprüfungen passiert. Die erste Prüfung wäre schon am 25. April, das ist in gut zwei Wochen!

Und es wäre ausgerechnet die Laborprüfung: Vier Lehrlinge und zwei Experten in einem Raum. Dort könnten wir den Abstand von zwei Metern nicht einhalten.

Ich bin eine, die solche Sachen gern im voraus weiss, damit ich mich drauf vorbereiten kann. Die Schule sagt, wir bekommen bald Bescheid. Aber mich macht diese Ungewissheit nervös.» (che)



Susanne Eichenberger (49), Spitalfachärztin, Inselspital

«Die momentane Ruhe fühlt sich etwas eigenartig an»

Im letzten work erzählte Notfallärztin Susanne Eichenberger, dass noch nicht aussergewöhnlich viele schwerkranke Corona-Patientinnen und -Patienten auf dem Notfall landen, doch: «Da kommt noch was auf uns zu!» Jetzt, 14 Tage danach, sagt sie:

«Der erwartete riesige Ansturm ist zum Glück bisher ausgeblieben. Nachdem wir uns mit Hochdruck darauf vorbereitet hatten, ein noch nie da gewesenes Patientenaufkommen zu bewältigen, fühlt sich das auch etwas eigenartig an. Wir sind aber auch dankbar, dass wir noch nicht an unsere Grenzen stossen.

GRATWANDERUNG. Etwas unheimlich ist, dass wir insgesamt weniger Menschen mit anderen gesundheitlichen Problemen sehen. Dass es weniger Unfälle gibt, ist sicher nachvollziehbar, die Menschen bleiben zu Hause.

Aber ich frage mich, wie viele Leute, die eigentlich dringend behandelt werden müssten, aus Angst vor Corona nicht auf den Notfall kommen. Kurzfristig

«Wir sehen insgesamt weniger kranke Menschen.»

macht es wahrscheinlich schon Sinn, nicht dringliche Abklärungen aufzuschieben, um das Gesundheitssystem zu entlasten. Es ist aber oft sehr schwierig, Dringliches von nicht Dringlichem zu unterscheiden, insbesondere wenn man keinen Arzt hat, der einen berät. Das ist eine Gratwanderung.

GUT FÜR DIE SEELE. Ich bin jetzt wirklich gespannt, was die nächsten Tage und Wochen bringen. Und hoffe sehr, dass sich die Menschen in den kommenden warmen Tagen weiterhin an die Empfehlungen des Bundesrates halten. So kommen wir vielleicht um eine Ausgangssperre herum. Ich bin nämlich sehr froh, mich draussen noch frei bewegen zu können, das tut Körper und Seele gut.» (mjkl)



SUSANNE EICHENBERGER: «Ich frage mich, wie viele Leute, die eigentlich dringend behandelt werden müssten, aus Angst vor Corona nicht kommen.»

Sandra Nöthiger (33), Bäckereiverkäuferin

«Wir sind weit entfernt von Kurzarbeit»

Im letzten work erzählte Bäckereiverkäuferin Sandra Nöthiger vom Rekordandrang nach dem drastischen Bundesratsbeschluss vom 13. März: «Tags darauf war der Kundenansturm so massiv, dass wir schon am Mittag kein Brot mehr hatten. Dabei hatten wir extra noch unsere Bestände aufgestockt.» Heute sagt Nöthiger:

«Die Situation hat sich merklich beruhigt. Es gibt keine Megaeinkäufe mehr, und die Leute hamstern auch nicht mehr bei unseren Tomatensaucen, Konfitüren oder Cerealien. Wahrscheinlich sind viele Vorratskammern und Gefrierschränke jetzt einfach voll. Aber ich denke auch, dass sich die Nervosität allgemein etwas gelegt hat.

VIEL ZU TUN. Trotzdem haben wir in unserem Lädli immer noch alle Hände voll zu tun. Denn nach wie vor haben wir mehr Kunden als vor Corona. Darunter viele Neukundinnen.

Aber in unserem Hauptgeschäft am Hottingerplatz musste das Café schliessen.

Deshalb arbeitet eine Serviceangestellte von dort jetzt hier mit mir. Diese Unterstützung



SANDRA NÖTHIGER: «Es läuft gut.»

konnte ich definitiv gebrauchen. Von Kurzarbeit und ähnlichem sind wir weit entfernt. Auch von Berufskolleginnen bei der Konkurrenz habe ich gehört, dass es ihnen gut laufe. Aber es gibt schon Bäckereien mit schweren Absatzproblemen, da sie stärker als wir vom Berufspendlerverkehr abhängig sind.» (jok)



Stephan Kleyer (42), Bierbrauer

«Alle Bier-Brauereien sitzen jetzt im selben Boot»

Im letzten work erzählte Stephan Kleyer, dass die Kupferkessel und Gärkeller bei Feldschlösschen weiterlaufen. Aber dass er sich Sorgen um seine Familie in Deutschland macht. Jetzt sagt er:

«Am Montag kam ein Kollege mit einer Mütze zur Arbeit. Da hab' ich gefragt: 'Warum trägst du die denn?' Er meinte, er habe am Wochenende versucht, sich die Haare zu schneiden. Ich selbst sollte eigentlich auch dringend mal wieder zum Coiffeur. Aber was soll's: Bald laufen wir alle mit Corona-Frisur herum. Wir arbeiten bei Feldschlösschen noch immer in drei Schichten, die Sicherheitsbedingungen werden eingehalten. Da hat sich in den letzten zwei Wochen nichts geändert. Der Bierverkauf in den Läden läuft noch gut, aber dass der Gastro-Bereich fehlt, ist natürlich nach wie vor ein grosses Problem.



STEPHAN KLEYER: «Corona-Frisur für alle!»

es an Ostern jetzt alle übertreiben, rausgehen und herumreisen. Und wir dann deswegen nochmals vier Wochen daheim herumhocken müssen. Jeden Abend und jedes Wochenende verbringe ich zu Hause. Langsam macht sich der Koller bemerkbar, ich würde doch schon gern mal wieder Freunde sehen und rausgehen. Am Wochenende habe ich mein Velo aus dem Keller geholt und bin auf eine Tour. Am frühen Morgen schon, als noch niemand unterwegs war. Das tat gut!

«Jeden Abend und jedes Wochenende bin ich zu Hause.»

KURZARBEIT. Im Moment bin ich eigentlich froh, kann ich weiterhin zur Arbeit. Zu Hause fällt mir sonst die Decke auf den Kopf. Nach Ostern habe ich eine Woche Kurzarbeit. Mal schauen, wie ich die Tage da rumbringe. Aber zum Glück habe ich einen Balkon. Da komme ich an die frische Luft und an die Sonne, das hilft. Und vielleicht mache ich mal den Frühlingssputz. Der Familie in Deutschland geht es gut. Es gab zwar einen Verdachtsfall bei meiner Cousine, aber der Test war dann negativ. Zum Glück!»

Alice Zweifel (27), Kita-Leiterin

«Wieder etwas Normalität»

Im letzten work erzählte Kita-Leiterin Alice Zweifel, manchmal würden sie die verschiedenen Anforderungen, die in Corona-Zeiten an sie gestellt würden, fast zerreißen. Jetzt sagt sie:

«Die letzte Woche war die erste seit dem Notstand, in der es wieder so etwas wie Normalität gab. Und ich war nicht mehr dauernd nur am Organisieren und Planen. Und wir können umsetzen, was wir geplant haben: So machen wir jetzt

«Wir machen jetzt einen virtuellen Morgenkreis.»

einen virtuellen Morgenkreis. Immer jemand anderes der Kita bereitet das vor. Wir haben bereits einen Geburtstag so gefeiert oder ein kleines Theater vorgespielt. Das bringt den Mitarbeitenden, den Kindern und auch den Eltern etwas Normalität in den aussergewöhnlichen Alltag. Und wir bleiben in Kontakt mit den Kindern. Beim ersten virtuellen Morgen-



ALICE ZWEIFEL: «Unerträgliche Situationen in manchen Kitas.»

kreis waren knapp 30 Familien online. Und wir erhielten viele begeisterte Rückmeldungen. Endlich habe ich auch wieder mehr Zeit für die (Trotz)phase. Wir sind eine Gruppe von Fachpersonen aus der familienergänzenden

Kinderbetreuung, und wir engagieren uns gegen die prekären Arbeitsbedingungen in den Kitas und Horten. Nebst vielen anderen Forderungen verlangen wir, dass der Staat in diesen Corona-Zeiten, in denen wir die Kinder nicht mehr betreuen dürfen, die Kita-Kosten übernimmt. Und wunderbar: Genau das hat der Bundesrat nun beschlossen!

PODCAST. Verrückt, wir werden derzeit fast überrannt von Berichten über Missstände in Kitas. Die ohnehin

schon schwierige Situation in den Kitas ist jetzt schier unerträglich geworden: krankheitsbedingte Ausfälle, kranke Kinder und mangelnder Gesundheitsschutz usw. Wir haben zur Beantwortung der brennendsten Anliegen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter jetzt einen Podcast gemacht (rebrand.ly/trotzphase). Und wir bleiben dran.» (asz)

Mélissa Farine (20), SBB-Zugbegleiterin

«Wie in Apokalypse-Filmen»

Im letzten work erzählte SBB-Zugbegleiterin Mélissa Farine, es seien noch immer ziemlich viele Leute in den Zügen unterwegs. Heute sagt sie:

«Die Züge sind fast leer, es sind fast keine Leute mehr unterwegs. Die leeren Züge und Bahnhöfe verbreiten eine morbide Stimmung. Es ist die Atmosphäre, wie wir sie aus Apokalypse-Filmen kennen. So ein bisschen (da) alle sind tot, ich muss allein überleben. Da werden die Kolleginnen und Kollegen im gleichen Zug noch viel wichtiger. Und auf den langen Strecken, zum Beispiel Genf-Brig, haben wir jetzt sehr, sehr viel Zeit für Gespräche. Obwohl fünfzig Prozent weniger Züge verkehren, hat in



MÉLISSA FARINE: «Zu wenig Anerkennung.»

RISSE. Der Virus stresst mich schon etwas, alle zwanzig Minuten desinfiziere ich mir die Hände. Die Haut ist bereits völlig ausgetrocknet, und ich habe Risse an den Fingern. Jedes Mal, wenn ich im Zug etwas anfasse, denke ich, der Griff oder der Handlauf könnten infiziert sein.

«Ich desinfiziere alle zwanzig Minuten meine Hände.»

WENIG ANERKENNUNG. Mich stört übrigens, dass wir von den Vorgesetzten und auch vom Bundesrat fast nicht wahrgenommen werden. Auch wir Zugbegleiterinnen und Zugbegleiter sind an der Front, doch wir erhalten dafür sehr wenig Anerkennung.

Ich lebe in Genf, meine Familie in St-Mier BE. Wann ich sie wiedersehen werde, weiss ich nicht. Das ist eine grosse Belastung. Wir machen viele Videoanrufe, aber das ist nicht dasselbe. Jetzt dauert diese Notlage erst knapp vier Wochen – diese Zeit kommt mir aber trotzdem schon sehr lange vor.» (asz)

Regina Karich (48), Rayonleiterin bei Coop

«Der Ravioli-Hype ist vorbei»

Im letzten work erzählte Coop-Verkäuferin Regina Karich, sie und ihr Team seien am Limit. Sie versuchten, die Regale aufzufüllen, bevor die Kundschaft käme, denn «manche Leute reißen uns sonst die Ware aus den Händen». Jetzt stellt sie fest:

«Wir haben inzwischen deutlich weniger Kundinnen und Kunden, aber dafür kaufen jene, die kommen, mehr ein, wohl auch für Verwandte und Bekannte. An der Kasse haben wir noch immer Stress, aber wir müssen jetzt nicht mehr zusätzlich helfen. Regale aufzufüllen. Und auch der Ravioli-Hype ist vorbei.

«Abends, zu Hause, brauche ich Corona-Pause!»

WC-Papier allerdings hat es am Abend jeweils keines mehr. Ich kann mir echt nicht vorstellen, wieso die Leute das noch immer hamstern.

NÜMMERLI. Wer die Coop-Filiale betritt, muss jetzt ein Nümmerli nehmen, auch wir Mit-

arbeitenden. Manche Leute wollen die Zettel nicht berühren, wir müssen sie ihnen in den Einkaufswagen reinlegen und dann auch wieder rausnehmen – dabei desinfizieren wir die Nümmerli doch!

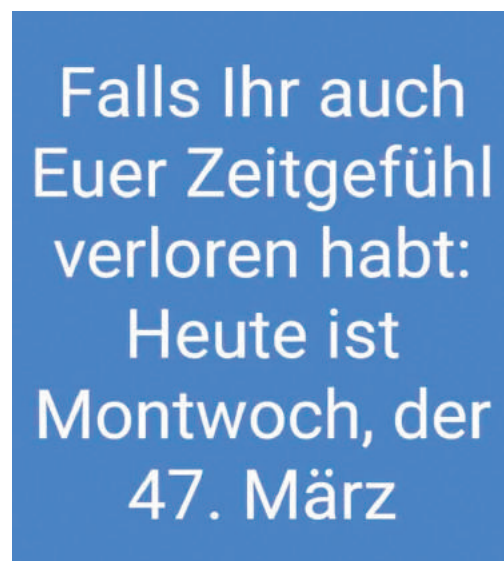
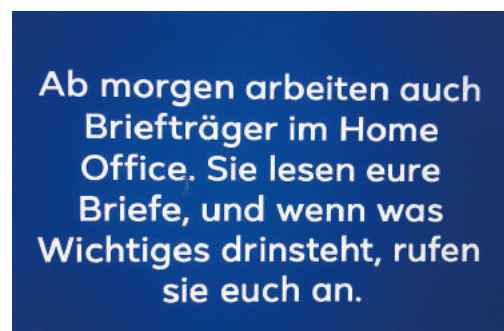


SCHÖGGELI. Das Gute am Virus ist: Die hässigen Kundinnen und Kunden sind weniger geworden. Ich erfahre viel Dankbarkeit von der Kundschaft. Im Schnitt erhalten wir zwei Schachteln Merci-Schöggeli pro Tag! Ein Kind brachte mir eine Regenbogenzeichnung mit einem Danke. Und eine Kundin sagte mir, sie würde mich gern umarmen, aber sie dürfe ja nicht. Viele Kundinnen und Kunden wollen Auskunft über den Virus – ich habe ihnen auch schon gesagt, ich sei kein Auskunftsbüro. Ich verstehe das ja alles und es ist okay. Aber abends, wenn ich zu Hause bin, brauche ich Corona-Pause!» (asz)

Covid geht viral

Corona macht kreativ, Teil I

Tausende von Viren-Memes fluten die sozialen Medien. Hier eine munzige Auswahl.



ANGERICHTET: «Seit ich zu Hause bin, habe ich ein wenig Tiramisù gemacht.»



Arbeitszwang für Kranke, Sonntagsarbeit, Ruhezeiten gestrichen

Die Deregulierer wittern Corona-Morgenluft



KRASSER EINGRIFF: Der Bundesrat hat die gesetzlichen Arbeits- und Ruhezeiten für Spital-Mitarbeitende wegen Corona aufgehoben. FOTO: KEYSTONE

Unter dem Deckmantel der Seuchenbekämpfung baut der Bundesrat reihenweise Schutzbestimmungen ab. Per Notrecht, aber ohne Not. Jetzt halten die Gewerkschaften dagegen.

CHRISTIAN EGG

STRASSENTRANSPORT

Für Chauffeurinnen und Chauffeure hat der Bund per Notrecht die Schutzbestimmungen ausgehebelt: Sie müssen jetzt bis zu 56 Stunden pro Woche am Steuer sitzen statt bisher 45. Auch die vorgeschriebenen Ruhezeiten wurden massiv gekürzt. Das gilt bis am 30. April, verlängerbar bei Bedarf. Roman Künzler, bei der Unia für Transport und Logistik zuständig: «Solche Arbeitszeiten, während die

Bis 56 Stunden sind Chauffeure jetzt am Steuer.

Schulen geschlossen sind, sind gerade für Beschäftigte mit Kindern unzumutbar. Zudem gibt es genügend Chauffeurinnen und Chauffeure, die keine Arbeit haben und die zusätzlich eingestellt werden könnten.»

Künzler sagt, wenn eine solche Ausnahmeregelung wirklich nötig sei – etwa um die Versorgung mit lebenswichtigen Gütern sicherzustellen –, brauche es eine Kompensation. Seine Forderung: «Für jede zusätzlich geleistete Arbeitsstunde mindestens 50 Prozent Lohnzuschlag.» Doch davon steht in der Verfügung des Bundes nichts.

Für Künzler ist klar: Hier geht es nicht um Seuchenbekämpfung, es geht um Interessenpolitik. «Diese Deregulierungen entstammen direkt dem Wunschzettel der grossen Detailhändler und des Transport-Arbeitgeberverbandes Astag.» Letzterer bestätigt in einer Medienmitteilung, der Bund habe die Massnahmen «auf Antrag der Astag verfügt». Astag-Präsident ist der ehemalige SVP-Fraktionschef Adrian Amstutz. Er jubelt in der Mitteilung: «Die Zusammenarbeit mit den Behörden ist ausgezeichnet.»

PFLEGE

Beim Spitalpersonal nahm der Bundesrat den krassen Eingriff vor. In der Notrecht-Verordnung vom 20. März steht: In Spitalabteilungen, die wegen Corona massiv mehr Arbeit haben, sind «die Bestimmungen des Arbeitsgesetzes betreffend Arbeits- und Ruhezeiten sistiert». Und zwar «so lange, wie es die ausserordentliche Lage erfordert». Das sind genau die Schutzbestimmungen, die bürgerliche Stän-

derätinnen und Ständeräte seit drei Jahren zu schwächen versuchen. Nach zähem Widerstand der Gewerkschaften legte die Kommission des Ständerates Ende Februar die Pläne auf Eis (work berichtete). Jetzt sind die Regelungen für die betroffenen Spitalabteilungen ganz abgeschafft. Per Notrecht.

Dore Heim vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB) sagt, das Personal in den Spitälern erbringe derzeit Höchstleistungen. Sie kritisiert den Eingriff des Bundesrates. Der habe eine grosse Unsicherheit geschaffen: «Das bedeutet zusätzlichen Stress. Und das ist das letzte, was das Spitalpersonal derzeit braucht!»

Diese und die anderen Verschlechterungen entschied der Bundesrat ohne jeglichen Einbezug der Sozialpartner. Zeit dafür hätte er gehabt, betont Heim: «Am 20. März gab es keine Dringlichkeit. Allen war klar: Es geht noch mindestens 10 bis 14 Tage, bis die grosse Welle anrollt.» Trotzdem entschied der Bundesrat im Alleingang.

Jetzt fordern der SGB und mehrere Verbände, dass Abweichungen vom Arbeitsgesetz auch in den Spitälern nur unter «Einbezug des Gesundheitspersonals auszuhandeln, einzugrenzen und schweizweit einheitlich festzulegen» seien. Und zwar durch eine neu zu schaffende nationale tripartite Kommission.

DETAILHANDEL

Der Bundesrat müsse jetzt allen Lebensmittel-läden erlauben, am Sonntag zu öffnen, forderte der Warenhausverband Swiss Retail Federation kurz nach Ausbruch der Corona-Krise. Damit liesse sich der Ansturm der Kundschaft besser verteilen, so die Begründung.

Der Sonntagsverkauf ist ein alter Wunschtraum der Deregulierer. Jetzt wittern die Turbolädel Morgenluft. Dank Corona. Beim Staats-

Am krasssten ist der Eingriff per Notrecht beim Spitalpersonal.

sekretariat für Wirtschaft (Seco) rannte der Verband offene Türen ein, die Diskussionen waren bereits im Gang. Auch mehrere Kantone lobbyierten für Sonntagsverkäufe. Graubünden gab gegenüber den CH-Media-Zeitungen schon mal vorsorglich bekannt, solche Gesuche würde man «selbstverständlich bewilligen».

Die Gewerkschaften reagierten prompt. Véronique Polito von der Unia-Geschäftsleitung forderte den Bund auf, von derlei Ideen abzu- sehen. Die Verkäuferinnen und Verkäufer seien derzeit enorm gefordert: «Wenn sie sich nicht einmal mehr am Sonntag erholen können, steigt ihr Risiko, krank zu werden.» Zudem sei der grosse Ansturm vorbei, es brauche keine

längeren Öffnungszeiten. Im Gegenteil. Seit Ende März machen Migros und Coop in diversen Filialen früher zu. Zu wenig Kundschaft – und um die Mitarbeitenden zu entlasten. Auf Anfrage von work sagen beide, es brauche derzeit keine Sonntagsverkäufe.

Doch die Realität interessiert auch Avenir Suisse nicht. Die Denkfabrik der Grosskonzerne veröffentlichte am 2. April ein Papier zur Corona-Bekämpfung. Darin die Forderungen: Ladenöffnungszeiten von 6 bis 23 Uhr und Sonntagsverkäufe. Unia-Frau Polito: «Offensichtlich hat diese Organisation nicht das Interesse, die Krise zu bewältigen, sondern will jetzt ihre Agenda durchboxen.»

Arbeitszwang für Gefährdete: Bund und Arbeitgeber spielen mit dem Leben von kranken Lohnabhängigen

Menschen mit Asthma oder Herzkrankheiten sind jetzt besonders gefährdet. Am 16. März bestimmte der Bundesrat, dass sie in der Arbeitswelt besonderen Schutz geniessen: Wenn Homeoffice nicht möglich ist, muss der Betrieb sie beurlauben und den Lohn weiterzahlen.

SCHUTZ ABGESCHAFFT. Nur vier Tage später schaffte der Bundesrat diesen Schutz wieder ab. Jetzt können Risikopersonen, die nicht im Homeoffice arbeiten können, zur Arbeit gezwungen werden, sofern der Arbeitgeber die Hygiene- und Abstandsregeln sicherstellt. Dabei empfiehlt derselbe Bundesrat diesen Menschen nachdrücklich, zu Hause zu bleiben! Wie die NZZ erfreut rapportiert, hat die Regierung die Kehrtwende «auf Bitten der Wirtschaft» gemacht. Anne Rubin, Chefin Detailhandel bei der Unia, ist entsetzt: «Im Detailhandel ist es schlicht unmöglich, die Mitarbeitenden jederzeit vor einer Ansteckung zu schützen.» Trotzdem würden Menschen mit Vorerkrankungen jetzt zur Arbeit in den Läden aufgeboten. Ein Riesenskandal! Rubin berichtet von einem Telefon mit einer Migros-Verkäuferin: «Die Frau war verständlicherweise in Panik. Sie fürchtet um ihr Leben.» Schon seit Ende März fordert der SGB den Bundesrat dringend auf, den Schutz gefährdeter Personen zu verbessern. Luca Cirigliano vom SGB findet deutliche Worte: «Die betroffenen Menschen sind in Gefahr. Die Verantwortung liegt jetzt beim Bundesrat.» Es müsse sofort eine Lösung her. (che)

Die vom Bundesrat getroffenen Massnahmen zum Schutz der Bevölkerung wirken. Jetzt wollen sie rechte Politiker und Lobbyisten schleifen. Und dafür 30 Prozent der Bevölkerung einsperren.

CLEMENS STUDER

Die Corona-Pandemie ist die grösste Krise der Schweiz seit dem Zweiten Weltkrieg. Der Bundesrat regiert seit dem 16. März mit besonderen Befugnissen in einer «ausserordentlichen Lage». Die beschlossenen Massnahmen sind einschneidend für die Menschen und auch für die Wirtschaft. Und sie werden lange Folgen haben. Und noch immer sind nicht alle Menschen im Land tatsächlich so geschützt, wie das die Expertinnen und Experten empfehlen. Vor allem nicht in der Arbeitswelt (siehe Artikel Seiten 3 und 4).

BITTE RECHNEN!

Pandemiebekämpfung hat viel mit Mathematik zu tun. Die Entwicklung einer Epidemie oder einer Pandemie wird mit sogenannten Reproduktionszahlen beschrieben. Es gibt einerseits die Basis-Reproduktionszahl. Sie drückt aus, wie viele ungeschützte Menschen von einer erkrankten Person angesteckt werden. Und es gibt

Die Idee der «Durchseuchung» der «gesunden» Bevölkerung ist gescheitert.

die Netto-Reproduktionszahl. Sie berücksichtigt auch die Immunität in der betroffenen Bevölkerung. Immunität entsteht durch bereits überstandene Krankheit oder eine Impfung. Gegen das neuartige Coronavirus gibt es noch keine Impfung. Die Netto-Reproduktionszahl bezieht aber auch die Wirkung von Schutzmassnahmen ein. Solange die Netto-Reproduktionszahl über 1 liegt, also Erkrankte im Schnitt mehr als einen weiteren Menschen anstecken, nimmt die Ausbreitung der Krankheit weiter zu. Liegt sie bei 1, bleibt die Ausbreitung stabil. Erst wenn sie unter 1 fällt, klingt die Epidemie ab.

MASSNAHMEN WIRKEN

Am Mittag des 7. April hatte das Bundesamt für Gesundheit (BAG) 22 242 Corona-Fälle erfasst. Das waren 590 bestätigte Infizierte mehr als am Vortag. 785 Menschen waren bis dahin im Zusammenhang mit einer Covid-19-Erkrankung gestorben. In den Tagen zuvor sind die Fallzahlen weniger stark angestiegen als zuvor. Es liegt nahe, dass die getroffenen Massnahmen zu wirken beginnen. Und das Gesundheitssystem läuft weiterhin stabil. Auch das ist ein Ziel der vom Bundesrat beschlossenen Massnahmen. Aber, so Corona-Experte Daniel Koch: «Das Problem ist bei weitem nicht gelöst.» Und: «Wir sind Maximum in der Hälfte.» Auch für andere Expertin-

Rechte Parteien und Wirtschaftsverbände wollen Corona-Schutz aufweichen – doch Viren-Bändiger Daniel Koch stellt klar:

«Wir sind Maximum in der Hälfte»



SOCIAL DISTANCING: Geisterspiel der Eishockey Champions League in Genf. FOTO: KEYSTONE

nen und Experten ist klar: Wir sollten das bisher Erreichte nicht aufs Spiel setzen.

RECHTE DREHEN IM ROTEN

Doch genau das wollen die rechten Parteien von SVP bis GLP. Und der Gewerbeverband. Ihre minim unterschiedlichen Haltungen lassen sich auf den folgenden Nenner bringen: Die Schutzmassnahmen (Abstand halten, keine Treffen über fünf Personen usw.) sollen ausschliesslich noch für Risikogruppen gelten. Alle anderen sollen wieder werken und konsumieren wie vor dem Corona-Ausbruch. Und der Bundesrat müsse umgehend sagen, wie er aus dem Ausnahmezustand austreten wolle. Letzteres ist eine Nullforderung – weil: Darüber denken sie beim Bund seit der Ausrufung der ausserordentlichen Lage nach. Und ersteres ist ziemlich einfältig. Warum?

Die Corona-Risikogruppen sind Menschen über 65 Jahren mit oder ohne Vorerkrankung. Plus alle Men-

schen unter 65 Jahren mit Vorerkrankungen wie Bluthochdruck, chronischen Atemwegserkrankungen (zum Beispiel Asthma), Diabetes und Herzkreislauf-Erkrankungen. Ebenfalls eine Risikogruppe sind Krebskranke und Menschen mit geschwächtem Immunsystem.

30 PROZENT EINSPERREN?

Alle diese Menschen also wollen SVP und Co. jetzt unter Quarantäne stellen. Ein Blick auf die Zahlen des BAG zeigt, was das heissen würde: Als besonders gefährdete Menschen sind dort 2602000 Menschen aufgeführt. Das entspricht fast 30 Prozent der Gesamtbevölkerung. Sie sollen jetzt einfach mal wegsperrt werden. Das ist ganz offensichtlich keine Lösung. Doch die hiesigen Rechten sind insoweit konsequent, als dass sie ihren weltweiten Gesinnungsfreunden folgen. US-Präsident Donald Trump verharmloste Corona so lange, bis die Totenzahlen explodierten. Dem brasilianischen Faschisten-Bewunderer Jair Bolsonaro ging es ge-

workfrage:
Finden Sie es richtig, die Corona-Massnahmen aufrechtzuerhalten?

Schreiben oder mailen Sie uns Ihre Meinung zu diesem Thema!
Eine Auswahl der Antworten lesen Sie in der nächsten Ausgabe.
E-Mail oder Brief an: **work, Frage, Postfach 272, 3000 Bern 15, redaktion@workzeitung.ch**

nau gleich. Ebenfalls in diese Männerriege passt der britische Premier Boris Johnson. Er ignorierte die Pandemie so lange, bis er selbst auf der Intensivstation landete. Die Idee der «Durchseuchung» der «gesunden» Bevölkerung ist gescheitert. Nicht auf dem Papier, sondern in der Realität. Sie wäre ein riesengrosser, zynischer Menschenversuch. Das erlebt jetzt auch Schweden, das den hiesigen Freunden einer «Durchseuchung» lange als Vorbild diente. Denn dort bereitet die Regierung nun ähnliche Massnahmen vor, wie sie in der Schweiz gelten. Und auch Österreich kann nicht ernsthaft als Vorbild gelten: Dort lockert der rechte Bundeskanzler Sebastian Kurz jetzt zwar die verhängten Massnahmen. Doch das österreichische Regime war um einiges strenger als das geltende schweizerische. Und auch von den Infektionszahlen her sind die beiden Länder nicht zu vergleichen.



Die Briefträgerin & der Frühling

Es ist Frühling, wenn auch ein kalter Wind weht und kein Regen fällt.

Noch letztes Jahr hatte die Briefträgerin aus verschiedenen Gründen für dieses Jahr



Katrin Bärtschi ist Briefträgerin in Bern und Gewerkschafterin.

lange Frühlingsferien eingegeben. Diese begannen gleichzeitig mit der bundesrätlichen Ausrufung des «ausserordentlichen Zustandes», und sie dauern an. Die Briefträgerin hat seit Ferienbeginn mehrere Schreiben und E-Mails von Post, Teamchef und Gewerkschaft erhalten. Eine Bestätigung, dass sie bei PostMail arbeitet, die auf allen Arbeitswegen mitzuführen sei. Und Tipps und Anweisungen. Trotzdem: Nach ihren Ferien Mitte April wird die Briefträgerin, als sei sie Neueinsteigerin, eine Einführung in all die geänderten Abläufe und Verhaltensvorschriften brauchen.

«Es gibt weniger Geschäftspost, aber wir vertragen viel mehr persönliche Sendungen als sonst.»

Wie sie ja auch das Einkaufen neu lernen muss. Am schwierigsten gestalteten sich bisher die Einzahlungen am Postschalter. Obwohl hinter Glas, wichen Schalterangestellte zweimal abwehrend zurück, weil die unbeholfene Briefträgerin anscheinend einen vorgeschriebenen Abstand nicht einhielt.

Neulich unterhielt sich die Briefträgerin mit einer Kollegin auf der Strasse. «Und, nehmen die China-Päckli wieder zu?» «Ja», antwortete die Kollegin. «Und die von der Päckli-post haben wegen Online-Einkäufen sogar enorm viel zu tun. Ansonsten gibt es weniger Geschäftspost, aber wir vertragen viel mehr persönliche Sendungen als üblich. Grossbriefe von den Schulen zu den Kindern und umgekehrt. Und die Karten der Kleinen an die Lehrerinnen. Hennehärzig!»

INSERAT

Erste Hilfe für Menschen mit letzter Hoffnung

www.msf.ch
PK 12-100-2



Bundesrat: Corona-Klausur

Als der Bundesrat diese Woche tagte, war diese work-Ausgabe wegen der Osterfeiertage bereits im Druck. Auf der Traktandenliste standen unter anderem ein Hilfsprogramm für Kitas, die Rücknahme des Arbeitszwangs für Kranke, Modifikationen bei der Durchlöcherung des Arbeitsgesetzes im Gesundheitswesen und in der Logistik (siehe Seite 6) und allenfalls Anpassungen bei den Lockdown-Massnahmen. Im Anschluss an die Sitzung traf sich der Bundesrat zu einer Corona-Klausur (Stand 7. April). (cs)

Europäischer Corona-Bond
Liebe deutsche
Freunde

Italien, Frankreich und andere EU-Staaten fordern einen «Corona-Bond». Eine europäische Gemeinschaftsanleihe. Bis jetzt versorgt sich jeder Staat einzeln am Finanzmarkt mit Anleihen, um die horrenden Kosten der Corona-Krise zu stemmen. Viele zahlen dafür hohe Zinsen, andere bekommen das Geld wegen ihrer Zahlungskraft fast

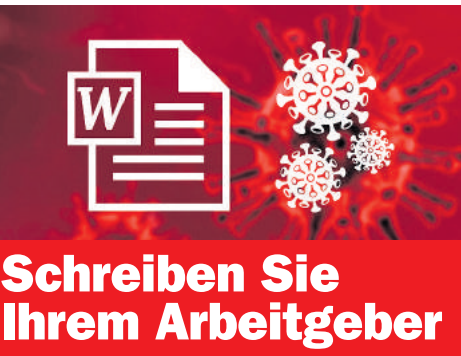


Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

zinslos. So auch Deutschland. Gemeinschaftsanleihen würden die Zinsen um Milliarden senken. Doch just die deutsche Regierung sagt Nein! Sie verweigert eine solidarische Lösung. Ebenso die Niederlande. Deren Finanzminister Wopke Hoekstra meinte, Italien sei selbst schuld, wenn es zu wenig Geld in der Staatskasse habe. Er übergibt schlicht, dass die EU den Ländern des Südens eben diese Finanzpolitik aufgezwungen hatte, die zum Abbau von Spitälern und Staatseinnahmen geführt hatte. «Ekelhaft», rief der sonst zurückhaltende portugiesische Ministerpräsident António Costa.

SOLIDARITÄT. Da schrieben italienische Bürgermeister den ersten offenen Brief: «Liebe deutsche Freunde, es geht nun nicht um die Haftung für Altschulden einzelner Staaten, sondern um die Solidarität in der Gesundheitskrise.» Sie erinnerten daran, dass Italien und andere europäische Länder nach dem Zweiten Weltkrieg Deutschland aus dem Schuldenloch geholfen hatten. Und sie kritisierten Holland, das mit seinem Steuerdumping anderen Staaten Einnahmen entzieht.

INVESTITIONSPLAN. «Cari italiani», meldete sich jetzt Ursula von der Leyen, die Chefin der EU-Kommission. Sie entschuldigte sich dafür, dass viele zu Beginn der Corona-Krise nur für sich geschaut hätten. Jetzt aber stehe die EU den Italienerinnen und Italienern bei. Als Tatbeweis nannte von der Leyen das neue EU-Projekt «Sure», eine 100 Milliarden schwere gemeinsame Absicherung der riesigen Kosten für Kurzarbeit. «Cara Ursula», antwortete der italienische Ministerpräsident Giuseppe Conte tags darauf: «Ich schätze Deine einfühlsamen Worte. Von anderen habe ich Dinge gehört, die Europa nicht würdig sind.» Das Projekt «Sure» sei gut, aber um die Krise zu überwinden, brauche es mehr: einen grossen gemeinsamen Investitionsplan für den Wiederaufschwung. Einen solchen «Marshallplan für Europa» stellt von der Leyen nun in Aussicht. Widerstand aus Deutschland und den Niederlanden ist sicher. work bleibt dran.



Kein Lohn? Zu wenig Einsätze? Sagen Sie Ihrem Arbeitgeber, was Ihre Rechte sind. Wir haben zu verschiedenen Themen Briefvorlagen erstellt, die Sie herunterladen können.
www.unia.ch/briefvorlagen

Der Coronavirus und die Wissenschaft: Es hagelt Studien
**War Patient null in Italien
tatsächlich ein Chinese?**

In den ersten vier Wochen nach Ausbruch der Epidemie erschienen im Westen bereits 70 Studien über Corona. Dennoch kennen wir den Virus immer noch schlecht, während andere schon davon profitieren.

OLIVER FAHRNI

Im März ging ein E-Mail von Prato (bei Florenz) nach Peking. Prato ist ein Zentrum der italienischen Textil- und Lederindustrie, fest in der Hand der «Toscana-Chinesen». 26 000 sind in der Kleinstadt gemeldet, in Florenz nochmals 22 000, aber niemand weiss, wie viele sie wirklich sind. Bei einer Milliarde Umsatz schauen die Behörden gerne weg. In ihrem Mail baten die «Prato-Chinesen» Peking um die eilige Zusendung von zwei Millionen Masken, 200 000 Schutzhandschuhen und zwei Millionen Paar Handschuhen. Denn sie stehen im Verdacht, den Coronavirus ins Land gebracht zu haben. Rassistische Übergriffe gegen sie häufen sich, Matteo Salvini Partei Lega kocht damit ihre braune Brühe. Doch in den Statistiken der toskanischen Ärztinnen und Ärzte verzeichnet ausgerechnet die Stadt Prato nur wenige Corona-Fälle. Irgendwie scheinen es die Chinesinnen und Chinesen zu schaffen, in ihren Nähateliers gesund zu bleiben.

DER NEUESTE BEFUND

Salvini sagt, der Patient null der fürchterlichen Corona-Epidemie in Italien (14 000 Tote am 2. April) sei ein Chinese in der Lombardei gewesen. Mitte Januar. Das muss nun wahrscheinlich revidiert werden. Der erste chinesische Corona-Patient wurde am 16. Dezember 2019 in Wuhan identifiziert. Doch italienische Medizinerprofessoren haben schon Ende Okto-

Ausgerechnet die italienische «Chinesen-Stadt» Prato hat nur wenige Corona-Fälle.

ber 2019 Fälle «einer seltsamen Lungenentzündung» in der nördlichen Lombardei diagnostiziert – Wochen bevor die Seuche in Wuhan ausbrach. Eine englische und mehrere chinesische Studien scheinen das zu bestätigen.

Das Wissenschaftsmagazin «Nature» hat es gezählt: Allein in den ersten vier Wochen seit Ausbruch der Corona-Epidemie erschienen im Westen 70 wissenschaftliche Studien über den neuen Virus – plus Dutzende in China. Inzwischen dürften es Hunderte sein.



KOLOSSALER IRRTUM? Noch ist nicht klar, ob Italiens Patient null wirklich ein Chinese war. In Rom bewachen chinesische und italienische Polizisten gemeinsam das Kolosseum. FOTO: REUTERS

Klarheit über Fragen wie Mortalität, Immunisierung oder eine mögliche zweite Welle nach dem Shutdown haben sie noch nicht wirklich geschaffen.

Zumeist verlässliche Analysen liefert die Studienabteilung des britischen Wirtschafts magazins «The Economist». Ihr neuester Befund: 1. Die Opferzahlen von Covid-19 sind massiv unterschätzt. 2. Die Stabilisierungspakete, die bereits 2500 Milliarden Dollar erreichen (mehr als in der Krise von 2008), werden nicht ausreichen. 3. Konzerne und Banken bedienen sich. Aber wie Hunderttausende KMU und die Bürgerinnen und Bürger über Wasser gehalten werden können, weiss niemand.

TRUMP UND DIE COSA NOSTRA

Szenenwechsel: Flughafen der ostchinesischen Stadt Qingdao am 28. März. US-Agenten machen sich auf dem Flugfeld zu schaffen. Dort wartet eine Frachtmaschine – vollbepackt mit 110 Millionen Schutzmasken – auf die Startfreigabe für Paris. Die Masken werden dort dringend erwartet. Frankreich hat keine mehr, nicht einmal für alle Ärzte. Die chinesischen Masken sind längst bezahlt. Doch dann we-

deln US-Präsident Donald Trumps Leute mit Dollars, sie bieten den dreifachen Preis, bar auf die Hand. Die Maschine hebt ab – und fliegt in die USA. Luftpiraterie? Nein, bloss Kapitalismus.

BANKEN UND MAFIA PROFITIEREN

Gewöhnliche medizinische Masken, Normalpreis 12 Rappen, werden jetzt auf dem Schwarzmarkt in Marseille für 3 Euro gehandelt, die FFP2 mit höherem Schutzfaktor kosten bis zu 8 Euro. Aber man bekommt sie nur mit Beziehungen. Am besten ins Drogenmilieu. Maskentransporte werden in Frankreich mittlerweile von bewaffneten Polizisten begleitet.

Krisen bringen allerlei Profiteure hervor. Zwei Bruderschaften aber gewinnen immer: die Mafia und die Banken. Cosa Nostra hat schon lange in Reinigung und Desinfektion, Abfallwirtschaft, Transport, Bestattung, Logistik investiert – und garniert heute Riesenprofite. Es wird noch mehr Geld fliessen: Ermittler beobachten, wie die Mafia damit begonnen hat, reihum bankrotte KMU aufzukaufen, um sich an den Milliarden-Rettungspaketen der Regierungen zu bedienen.

Corona-Tracking: Auf dem Weg zum verschärften Überwachungsstaat

Überleben, erst einmal überleben. Alle, die in Zeiten des Virus noch erwerbstätig sein müssen, brauchen maximalen Schutz. Und die Arbeitgeber sowie die öffentliche Hand müssen dazu gezwungen werden, unsere Existenzen zu sichern und Massenarbeitslosigkeit abzuwenden. Das geht vor den Milliarden für die Banken und Konzerne.

BIG-DATA-DEAL. Es wird ein hartes Ringen. Der «Markt» hat einmal mehr versagt, er heizt die Pandemie sogar an, wie etwa die Verknappung von Medikamenten und Schutzmaterial zeigt. Deshalb soll Covid-19 nun mit elektronischer Bespitzelung und Big Data bekämpft werden. Exit Privatsphäre, Schluss mit Grundrechten. Überall ist der Notstand ausgerufen, und vielerorts geht er weit über die Seuchbekämpfung hinaus, wenn etwa die Kontrolle der Regierungen durch die Parlamente aus-

gehebelt wird. Wir steuern auf einen verschärften Überwachungsstaat zu. Wer dieses Thema auf die «Zeit nach der Krise» vertagen will, kommt zu spät. Denn die Ordnung nach Corona wird heute eingerichtet.

Was uns in der Schweiz drohen könnte, lesen wir bei der US-Agentur Bloomberg: Der Bundesrat sei im Gespräch mit dem US-amerikanischen Big-Data-Konzern Palantir. Dieser Datenkrake manipuliert weltweit das Verhalten von Menschen. Mitgründer ist der US-Milliardär Peter Thiel (Paypal). Der mächtige Trump-Freund und bekennende Frauenhasser schreibt, eine Handvoll Leute wie er sollten die Welt allein re-

gieren. Ohne die lästige Demokratie. Lassen wir in der Not «Lösungen» à la Palantir zu, gibt es kein Zurück mehr. Zumindest dies hat uns die Aufrüstung der Überwachung in den letzten Jahrzehnten gelehrt.

PROTEST. Gut, dass sich jetzt Bürgerinnen und Bürger gegen den Ausnahmezustand und die soziale Diskriminierung bei der Corona-Bekämpfung zu wehren beginnen. So hagelte es etwa in Frankreich Strafanzeigen gegen die Regierung, und am 4. April stieg eine neuartige Internet-Video-Demo. Am selben Tag ging in Berlin die Gruppe «Nicht ohne uns» auf die Strasse – mit Sicherheitsabstand, Mundschutz und Verfas-



KONTROLLE: Die Handy-Daten verraten, wer zu Hause bleibt – und wer nicht. FOTO: PD

Pflegerin Maria Fix (29) über die Lage im Flüchtlingscamp Moria:

«Ein einziger Wasserhahn für 1300 Menschen»



AUCH DAS NOCH: Kinder im Flüchtlingscamp Moria auf der griechischen Insel Lesbos. Zu den ohnehin desolaten Zuständen kommt jetzt noch die Corona-Bedrohung hinzu. FOTO: KEYSTONE

Wann Corona auf Lesbos ankommen wird, ist unklar. «Aber schwappt es ins Lager Moria über, könnte es zur Katastrophe kommen», sagt Maria Fix. Sie ist eine der wenigen, die vor Ort immer noch Hilfe leisten.

PATRICIA D'INCAU

work: Maria Fix, Sie arbeiten als Krankenpflegerin im Flüchtlingscamp auf der Insel Lesbos. Was spielt sich da gerade ab? **Maria Fix:** Die Insel ist im Moment ein richtiger Geisterort. Die griechischen Behörden haben eine Ausgangssperre verhängt. Die Einheimischen müssen in ihren Häusern bleiben. Das Lager Moria ist abgeriegelt. Jetzt sitzen hier 20000 Menschen auf engstem Raum. Eingesperrt. Ich kann es nicht



«Ich kann und will nicht verstehen, dass es überhaupt so ein Camp gibt.»

MARIA FIX, PFLEGERIN IM FLÜCHTLINGSCAMP MORIA

anders sagen. Wir gehören zu den wenigen, die noch ins Camp können, weil wir medizinische Hilfe leisten. Viele Freiwillige und Nichtregierungsorganisationen, die für die Geflüchteten wichtig waren, dürfen nicht mehr rein.

Gibt es in Moria Massnahmen gegen Corona?

Abstand halten, zu Hause bleiben, die Hände desinfizieren – all das ist für die Menschen im Lager unmöglich. Bei der Essensausgabe stehen sie Schulter an Schulter. Auf vier Quadratmetern wohnt eine ganze neunköpfige Familie. Wir haben im Camp Seife verteilt. Nur, hier kommen auf einen einzigen Wasserhahn 1300 Menschen. Und auch das nur theoretisch. Denn die Wasserhähne haben nicht rund um die Uhr Wasser. Mal funktioniert der eine, mal der andere. Das System ist derart überlastet.

Wie reagieren die Menschen im Camp auf die Corona-Gefahr?

Die Angst wächst. In Moria hat sich aber auch eine Gruppe gebildet, die der Gefahr ganz aktiv begegnet. Die haben Wasser und Seife geholt, sich an den Camp-Eingang gesetzt, und alle, die ins Camp kommen oder es verlassen, werden von ihnen angehalten. Damit sie die Hände waschen.

Die Geflüchteten helfen sich selber?

Ja, unterstützt von einigen Freiwilligen. Sie haben sich auch Stoff und Faden organisiert, sitzen im Camp zusammen und nähen Mundschütze.

Kinder und jüngere Menschen gelten generell als weniger gefährdet. Auf Lesbos auch?

Viele Menschen hier sind wegen der miserablen gesundheitlichen Bedingungen quasi permanent krank. Krätze ist weit verbreitet. Da kommt es natürlich zu Infektionen. Viele Menschen haben einen monatelangen Husten, weil es seit Herbst immer kalt und feucht ist. Das schwächt das Immunsystem. Dazu kommen das nährstoffarme Essen und die psychische Belastung. Das wirkt sich immer auch auf den Körper aus. Und dann haben wir natürlich auch Menschen, die zu den Corona-Risikogruppen gehören: Krebspatienten, Menschen mit HIV, Nieren- oder Leberproblemen.

Alles in allem würde ich sagen: Die Menschen hier sind generell gefährdeter, überhaupt krank zu werden. Und sie bekommen nicht die medizinische Behandlung, die sie brauchen würden.

Seit Corona mussten sich viele Helferinnen und Helfer aus Moria zurückziehen. Wer ist denn noch da?

Die Organisationen, die sich um das Notwendigste kümmern. Wie die Essensausgabe zum Beispiel. In der medizinischen Versorgung sind wir noch drei Organisationen, und wir haben uns zusammengesetzt. Und trotzdem schaffen wir es nur noch, eine Schicht abzudecken. Die dauert von 9 bis 16 Uhr. Wir sind fünf Ärztinnen und Ärzte, sieben Pflegekräfte und ein paar Leute ohne medizinischen Hintergrund, die aber Arbeiten abnehmen können. Daneben gibt es eine kleine Organisation, die sich um Jugendliche kümmert, die ohne Familie da sind. Und die Leute von Ärzten ohne Grenzen, die Schwangere und Kinder betreuen.

Das sind alle für 20000 Geflüchtete?

Es gibt noch zwei medizinische Stationen von der offiziellen Lagerverwaltung. Sie kümmern

Moria: Alles wird knapp

Wegen Corona können viele Helferinnen und Helfer nicht mehr auf die Insel Lesbos. Auch Nicolas Perrenoud (35) von der Organisation One Happy Family (OHF). Er sitzt nach seinen Ferien in der Schweiz fest. Auf Lesbos unterhielt OHF ein Gemeinschaftszentrum, in dem 250 Kinder unterrichtet wurden und Geflüchtete ein Café betrieben. Anfang März brannte es nieder. Perrenoud: «Wir wollten das Zentrum jetzt wieder aufbauen. Es gab vielen eine Tagesstruktur. Die fällt jetzt weg.»

SOFORT EVAKUIEREN. Auch Raquel Herzog (57) sorgt sich. Sie ist Gründerin der Organisation SAO, die sich um Schwangere und Frauen kümmert, die allein auf der Flucht sind. Viele Frauen hätten Zwangsprostitution und Vergewaltigungen erlebt. SAO hilft, psychologisch und rechtlich. Wegen Corona jetzt per Whatsapp. Für Herzog ist klar: «Das Lager muss evakuiert werden, sofort!» (pdi)

sich um akute Notfälle bis 9 Uhr abends. Über Nacht gibt es nur einen einzigen Militärarzt! Auf Lesbos gibt es zwar auch ein Spital. Aber da kommt jetzt nur noch hin, wer mit der Ambulanz geholt werden muss.

Mehrere EU-Staaten und auch die Schweiz hatten zugesagt, zumindest jene Jugendlichen von der Insel zu holen, die ohne Familie da sind. Wegen Corona wurde jetzt auch daraus nichts. Oder?

Ja, das ist leider so. Eigentlich müsste dieses Camp gestern schon geleert worden sein, so schlimm ist es hier. Ich kann und werde es nie verstehen: Dass es überhaupt dazu gekommen ist, dass hier 20000 Menschen festsitzen. Dass es überhaupt ein Camp gibt. Und zum dritten: Warum schafft man es gerade in diesen Corona-Zeiten nicht, die Menschen da rauszuholen?

Was, wenn der Virus das Camp erreicht? Dann haben wir entweder ein riesiges Glück – und die Menschen überstehen nach all dem, was sie schon durchmachen mussten, auch noch Corona. Oder wir erleben eine Katastrophe. Ich hoffe wirklich, dass es nicht dazu kommt.

Maria Fix (29) ist ausgebildete Krankenpflegerin. Seit einhalb Jahren arbeitet sie für die Hamburger Organisation Medical Volunteers International auf der griechischen Insel Lesbos. Fix leistet medizinische und psychologische Grundversorgung für Geflüchtete im Lager Moria.



la suisse existe
Jean Ziegler

LANDRAUB IN PALÄSTINA

Ibrahim Khraishi ist der Botschafter Palästinas bei der Uno in Genf, eine hochangesehene Persönlichkeit. Von Beruf Arzt, entstammt er einer alten, traditionellen Familie aus Jerusalem. Er ist ein Schulkamerad und enger Freund des palästinensischen Präsidenten Mahmut Abbas.

EIN MEISTERSTÜCK. In der März-Session 2016 des Uno-Menschenrechtsrates gelang ihm ein diplomatisches Meisterstück: Mit grosser

Wer den Siedlern im besetzten Westjordanland hilft, macht sich des Völkerrechtsbruchs schuldig.

Mehrheit verabschiedete der Rat eine Resolution, die das Uno-Hochkommissariat für Menschenrechte

damit beauftrage, eine Liste aller internationalen Firmen zu erstellen, die bei der Errichtung israelischer Kolonien in den besetzten palästinensischen Gebieten beteiligt sind. Ein glücklicher Zufall wollte es, dass zu dieser Zeit der Vorsitz des Ministerrates der Europäischen Union bei den Niederlanden lag. So hatte Roderick van Schreeven, der kluge Botschafter der niederländischen Regierung, die Aufgabe, das Votum der EU-Staaten, die Mitglied des Menschenrechtsrates sind, zu koordinieren. Dank ihm unterstützten die EU-Staaten Khraishi.

Jitzchak Rabin und Jassir Arafat unterschrieben 1993 auf dem Rasen des Weissen Hauses in Washington die sogenannten Verträge von Oslo. Norwegische Diplomaten hatten einen detaillierten Friedensplan ausgearbeitet. Er definierte die Grenzen zwischen dem neuen palästinensischen Staat und Israel. Die in den besetzten Gebieten existierenden Kolonien sollten mehrheitlich aufgelöst werden. Rabin wurde mehrere Monate später von einem israelischen Fanatiker in Tel Aviv erschossen. Sein Nachfolger Schimon Peres beugte sich der extremen Rechten und sabotierte die Oslo-Verträge. Resultat: 1993 beherbergten die illegalen Siedlungen 250 000 Siedlerinnen und Siedler. Heute sind es 630 000.

Im Uno-Hochkommissariat für Menschenrechte residierte damals der jordanische Prinz Seid bin Ra'ad Seid Al-Hussein. Er sabotierte die Resolution und weigerte sich, die Firmenliste zu erstellen. 2018 entliess Uno-Generalsekretär António Guterres den Prinzen und ernannte die Chilenin Michelle Bachelet. Sie publizierte am 12. Februar dieses Jahres die seit 2016 geforderte Liste mit 112 multinationalen Unternehmen aus neun Staaten.

DIE STÄRKSTE WAFFE. Warum ist sie so wichtig?

Die israelischen Kolonien im Westjordanland verstossen gegen die vierte Genfer Konvention. Sie beruhen auf Land- und Wasserraub. Wer den Siedlern dabei hilft, macht sich auch des Völkerrechtsbruchs schuldig. Solche Firmen sind damit von allen Projekten ausgeschlossen, welche die Weltbank bezahlt. Am 26. Februar publizierten sechs bekannte israelische Oppositionelle in «Le Monde» eine Erklärung, in der es heisst: Die Uno-Liste ist die stärkste Waffe gegen den zunehmenden Landraub und ein wichtiger Schritt zur Anerkennung eines palästinensischen Staates und damit zum Frieden im Nahen Osten. Recht haben sie. Danke an Ibrahim Khraishi und Michelle Bachelet.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein neuestes Buch ist: **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten.**



NOTSTAND IN ITALIEN: Ein Patient wird in die Intensivstation eines Spitals in Mailand gebracht. FOTO: KEYSTONE

Medizinhistoriker Flurin Condrau (54) über Seuchen und Sündenböcke «Viren kennen Klassengrenzen»

Ob Spanische Grippe oder Corona-virus: «Infektionskrankheiten treffen nie alle sozialen Schichten gleich», sagt der Zürcher Geschichtsprrofessor Flurin Condrau. Dabei habe jeder Mensch ein Recht auf Gesundheit.

JONAS KOMPOSCH

work: Sars, Schweine- und Vogelgrippe, Ebola und jetzt das neue Coronavirus. Täuscht der Eindruck, oder kommt es tatsächlich immer häufiger zu Viren-Epidemien?

Flurin Condrau: Nein, dieser Eindruck täuscht nicht. Seit den späten 1980er Jahren geht man in der Forschung von einem Wiederaufflackern von Infektionen aus. Bis zum Jahr 2000 handelte es sich mehrheitlich um ausser-europäische Erscheinungen. Doch mit Sars, der Vogel- und der Schweinegrippe kamen die neuen Epidemien auch in den westlichen Industrienationen an.



FOTO: ZVG

Medizinhistoriker Flurin Condrau.

Als Folge eines globalisierten Kapitalismus?
Das wäre mir eine zu steile Hypothese. Aber sicher muss man über die Rolle der pharmazeutischen Grossindustrie sprechen. Diese investiert dort, wo sie Profit erwartet. Und zumindest bis vor kurzem konnte man mit der Impfstoffentwicklung nicht viel Geld verdienen. Und mit der Bekämpfung von Viren der Zukunft auch nicht. Den Hauptfaktor sehe ich aber in dem, was ich die therapeutische Revolution nenne.

Therapeutische Revolution?
Nach dem Zweiten Weltkrieg konzentrierte sich die Wissenschaft vor allem auf chronische Krankheiten wie Rheuma, Krebs oder Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Auf diesen Gebieten gab es riesige Fortschritte. Krebs im Kindesalter – heute weitgehend behandelbar – galt zum Beispiel noch bis in die 1960er Jahre als Todesurteil. Doch gleichzeitig gerieten Infektionskrankheiten aus dem Fokus. Man dachte nämlich, dieses Thema sei abgehakt, da man nun ja spezifische Medikamente entwickelt hatte. Antibiotika etwa gegen die Tuberkulose.

Aber das Thema war nicht abgehakt?
Nein, aber weit weg, in den Ländern des globalen Südens, wo noch heute jährlich über eine Million Menschen an Tuberkulose sterben. Jetzt, mit dem Wiederaufflackern der Infektionskrankheiten auch bei uns, wird plötzlich klar: Es gibt eine ganze Reihe von Krankheiten, die noch unbehandelbar sind. Das hat die therapeutische Medizin lange vergessen.

Vergessen war auch die Spanische Grippe, die von 1918 bis 1920 Millionen Todesopfer forderte?

Weitgehend. Aber das ist wenig erstaunlich. Denn unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg dominierte die Erinnerung an die «Urkatastrophe» – den Krieg. Und die politischen Folgen des Kriegs beherrschten ja die gesamte Zwischenkriegszeit und waren zumindest teilweise verantwortlich für den Aufstieg des Nationalsozialismus. Aber auch die Geschichtsschreibung interessierte sich lange nur für die «grosse Politik» und nicht für die Erfahrungswelten der Bevölkerung, ihren Alltag oder ihre Gesundheit.

Lässt sich die Spanische Grippe überhaupt mit dem Coronavirus vergleichen?
Nur bedingt. Als die Spanische Grippe wütete, wusste die Welt noch nichts von Viren. Ihre Existenz konnte erst 1935 bewiesen werden. Zudem trat die Grippe genau dann auf, als der Erste Weltkrieg gerade beendet wurde. Das ist eine ganz andere Ausgangslage als heute. Die Menschen waren durch den Krieg und die damit verbundene Versorgungskrise ja schon geschwächt.

Aber es gibt Parallelen: 1918 liefen die Fabriken einfach weiter. Und auch heute baut und produziert die Schweiz munter weiter. Und die SVP möchte die Läden und Restaurants am liebsten schon nach Ostern wieder öffnen.
Ich verstehe, dass Unternehmen, die vor einer fundamentalen Krise stehen, baldige Massnahmen fordern. Aber wenn man jetzt schon diskutiert, wie man den Alltag möglichst rasch wiederherstellen könnte, vermittelt das ein völlig falsches Sicherheitsgefühl. Es signalisiert, das Schlimmste sei schon vorbei. Sicher müssen Ausstiegstrategien verhandelt werden. Deshalb braucht es auch unbedingt eine Fortsetzung des Parlamentsbetriebs. Eine Parallele von Covid-19 zu der Spanischen Grippe sehe ich aber in der ungleichen Betroffenheit der Bevölkerung.

Sie meinen das Alter als Risikofaktor?
Nicht nur. Aus Spanien weiss man, dass die Arbeiterquartiere von Corona schwerer betroffen sind als die Mittelstands- und Oberschichtsquartiere. Wenn man genau hinsieht, erkennt man: Das Virus respektiert die Klassengrenzen.

Aber das Virus kann doch alle treffen...
...aber es wäre das erste Mal, dass eine Infektionskrankheit alle sozialen Schichten gleichermassen betrifft. Nehmen Sie Italien mit seinem kaputtgesparten Gesundheitswesen. Oder jene Menschen, die nur Schwarzarbeit leisteten und deshalb jetzt keine Kompensationen erhalten. Oder das afrikanische Land Malawi: Es hat 15 Millionen Einwohner und 25 Intensivbetten! Das Virus wirkt wie ein Brennglas, in dem die Ungleichheit sichtbar wird.

Der französische Präsident Emmanuel Macron erklärte dem Virus den «Krieg», was sagen Sie zu diesem Vergleich?
Das ist eine sehr gefährliche Redensart, weil die Kriegsmetapher erstens nur für den Nationalstaat Sinn macht und weil sie zweitens einen hand-

lungsfähigen Gegner unterstellt. Die notwendige globale Kooperation geht dabei vergessen. Zudem führt diese Sprache zur Ausgrenzung der Kranken und zu Schuldzuweisungen. Aber klar: Wäre ich zum Beispiel Präsident der USA und müsste vertuschen, dass ich in den letzten Monaten bezüglich Corona im Tiefschlaf gesteckt habe, würde ich auch die Kriegsrhetorik hervorholen. Das täuscht Handlungsfähigkeit vor. Trump hat übrigens als eine seiner ersten Amtshandlungen dem Zentrum für Seuchenkontrolle und Prävention (CDC) die Mittel gekürzt und Personal entlassen.

Und Trump spricht nur vom «Wuhan-Virus».
«Die Asiaten» werden schon seit 150 Jahren für praktisch jede Infektionskrankheit verantwortlich gemacht. Das hat viel mit Rassismus zu tun. Die Suche nach Sündenböcken ist aber noch älter. Für die Pest machte man im Spätmittelalter und in der frühen Neuzeit die Juden verantwortlich. Es wurde behauptet, sie hätten die öffentlichen Brunnen vergiftet – eine Verschwörungstheorie, die auch in Schweizer Städten immer wieder zu blutigen Judenpogromen führte. Im Zuge der Cholera-Pandemie der 1830er Jahre waren es dann ausgerechnet Ärzte, die verfolgt wurden. Ihnen warf man vor, sie wollten mit der Cholera bloss über mehr Menschenkörper verfügen, um ihre Experimente durchzuführen.

Frei nach der Logik «Das Böse sind immer die anderen» – und wir sind lieb, rein und gut?
Ja, leider sind in Krisenzeiten auch vermehrt nationalistische Töne zu hören. Aber jede Pandemieplanung, die an den Grenzen des Nationalstaates Halt macht, wird scheitern müssen. Eigentlich sagte es die Weltgesundheitsorganisation (WHO) bereits 1978 klipp und klar: Jeder Mensch hat ein Recht auf Gesundheit. Deshalb müsse auch jedes Land ein belastbares Gesundheitswesen haben. Doch dieses WHO-Programm kam schon in den 1980er Jahren unter Druck. Zum Beispiel von der Weltbank oder der Pharmaindustrie, die möglichst viele Medikamente verkaufen wollten und darum direkte Interventionen gegen einzelne Krankheiten favorisierten. Und die Medikamentennachfrage ist nun mal höher, wenn die ärztliche Versorgung tief ist. Gegen solche Interessen konnte sich die WHO nicht durchsetzen. Die jetzige Krise ist auch eine Konsequenz gescheiterter Gesundheitspolitik. Deshalb muss die Staatengemeinschaft jetzt auf globaler Ebene in die Pflicht genommen werden.

Flurin Condrau (54) ist Professor für Medizingeschichte am Institut für Biomedizinische Ethik und Medizingeschichte der Universität Zürich. Bis 2011 lehrte er der Zürcher mit Bündner Wurzeln an Universitäten in München, Sheffield und Manchester.

Pandemie und Krieg Als der



TÖDLICHER ALS KRIEG: Besonders Männer zwischen 20 und 40 Jahren starben.

Im November 1918 spitzte sich die Lage in der Schweiz zu. Erstmals drohte ein Landesstreik. Und gleichzeitig wütete die Spanische Grippe. Trotzdem liess das Militär Tausende Soldaten einrücken – gegen die streikenden Arbeiterinnen und Arbeiter. Am Ende zählte die Schweiz 25 000 Grippe-Tote.

RALPH HUG

Bei der VHTL-Sektion Bern herrschte Trauer: Die Transportarbeiter-Gewerkschaft beklagte im November 1918 den Tod von Emil Schwarz, Hans Kohler und Paul Maurer. Die ersten beiden waren Chauffeure, letzterer Schokoladenarbeiter. «Schnitter Tod» habe Opfer gefordert, stand in der VHTL-Zeitung. In Klammern war die Todesursache angegeben: zweimal Grippe, einmal Erstickungstod. Vermutlich war in allen drei Fällen die Todesursache dieselbe: die Spanische Grippe. Sie raffte zwischen Juli 1918 und Mai 1919 in drei Wellen Arbeiterinnen und Arbeiter in Scharen dahin (siehe Box). Weltweit fielen dem Influenza-Virus schätzungsweise 25 bis 50 Millionen Menschen zum Opfer. Mehr, als in den beiden Weltkriegen umkamen. Es traf damals vor allem die 20- bis 40jährigen.

Die Spanische Grippe griff tief ins Leben der Bevölkerung ein. Unerbittlich schritt sie voran, nichts schien sie stoppen zu können. Ende Juli 1918 waren weite Teile der Schweizer Industrie lahmgelegt. Beim Maschinenbauer Sulzer in Winterthur lag mehr als ein Drittel der 5000 Beschäftigten

Klassenkampf: Die Schweiz und die Spanische Grippe von 1918 Der Würgeengel umging



Und 40 Jahren erkrankten an der Spanischen Grippe, viele starben. Militärnotspital in der Aula eines Schulhauses im Jura, um 1918. FOTO: ROTES KREUZ

krank darnieder. In der benachbarten Schweizerischen Lokomotiv- und Maschinenfabrik zählte man 100 Opfer. Auch in der Spinnereimaschinen-Fabrik Rieter waren zahlreiche Büezer erkrankt. Die Spitäler waren überfüllt. Ärzte und Krankenschwestern chrampften rund um die Uhr. Die Zahl der Toten stieg rasch an. Der Luzerner Historiker Patrick Kury sagt: «Die Pandemie traf die Schweiz unvorbereitet.» Die Behörden seien überfordert gewesen und hätten chaotisch reagiert. Bundeshilfe gab es nicht.

AUSGEBEUTETE LOHNSKLAVEN

Das behördliche Versagen löste in der Bevölkerung Erbitterung aus. Die Gemeinden schlossen Schulen, Kinos, Theater, Kirchen und verboten Versammlungen. Aber die Beizen blieben offen. Und auch für die Industrie gab es keine Einschränkungen. Unter den Textilarbeiterinnen und -arbeitern gehe der «Würgeengel» um, hiess es daher in der Zeitung «Die Gewerkschaft» in Anspielung auf die Bibel. Der Kommentator sah die Pandemie als «grausige Begleiterscheinung des Weltkriegs», die nun die hungernden, schlecht entlohnten und ungeschützten Büezerinnen und Büezer dahinfraffe. Polemisch schrieb

«Die Spanische Grippe ist die grausige Begleiterscheinung des Weltkriegs...»

er über den simplen Rat von Ärzten, sich ausreichend zu ernähren: «Kann ein Textilarbeiter für seine Familie noch Eierspeisen beschaffen? Kann er ihr genügend Milch zu trinken geben? Unsinn!» An der Grippe sei der Krieg schuld, an den vielen Opfern unter den Textilarbeitern aber der Geldhunger der Fabrikanten: «Sie beuten den Körper ihrer Lohnsklaven niederträchtig lange aus, wiewohl sie wissen, dass er kraftlos und ausgemergelt ist.» Die Gewerkschaften forderten volle Lohnzahlung für Grippekranke, mehr Schutz gegen eine Ansteckung in den Betrieben sowie bessere Löhne

fürs Pflegepersonal. Versammlungsverbote sahen sie durchaus kritisch. Die Zeitung der Metallgewerkschaft Smuv (einer Vorgängerin der Unia) argumentierte so: Man könne den Arbeitern nicht verbieten, sich abends zu treffen, wenn sie den ganzen Tag miteinander in der Werkstätte gearbeitet hätten. Die Ansteckungsgefahr sei ja am Abend nicht grösser als während der neun Stunden Arbeit im Betrieb. Besser, als Versammlungen zu verbieten, müsse der Bund Geld zur Linderung der sozialen Not lockermachen, so die Forderung.

Sozialdemokratische Medien wie das Zürcher «Volksrecht» oder die «Berner Tagwacht» nutzten die Spanische Grippe, um die verhasste Militärführung anzuprangern. Diese hatte damals bereits gegen einen möglichen Landesstreik mobilgemacht. Tausende von Soldaten mussten einrücken – ungeachtet des hohen Infektionsrisikos. Oft waren die jungen Männer gezwungen, in improvisierten Unterkünften auf faulem Stroh zu lagern. Dabei steckten sie sich prompt massenhaft an. Am Ende der Epidemie im Mai 1919 zählte man 1500 tote Soldaten. Im Visier der Kritik von links stand besonders der Chef des Sanitätsdienstes, Carl Hauser. Er habe vollkommen versagt. Obwohl auch ein Reformier, war Hauser ein typischer Militärgrind jener Zeit. So, wie es der damalige General Ulrich Wille gern sah: preussischer Drill, gepaart mit unbedingtem Gehorsam. Die Linke warf dem Militär deshalb vor, die Epidemie durch die massenhafte Mobilmachung der Soldaten gegen den drohenden Landesstreik noch zu verstärken.

SEUCHENGEFAHR DURCH TRUPPEN

Bei Arbeiterführer Robert Grimm und dem Oltener Aktionskomitee war die Pandemie nur am Rand ein Thema. Sie hatten genug mit der Ausarbeitung der sozialen Forderungen und der Vorbereitung des Generalstreiks zu tun. Als die zweite, noch stärkere Grippewelle im Oktober 1918 durch die Schweiz zog, sah sich Grimm mit Vorwürfen von Bürgerli-

chen eingedeckt. Der Streik sei eine «unverantwortliche Gefährdung unseres Volkes», schmetterte ihm ein rechter Nationalrat entgegen. Volksversammlungen würden nur die Grippe vermehren. Grimm war aber nicht auf den Mund gefallen: «Sie haben durch die Mobilisation der Truppen die Seuchengefahr vermehrt und Hunderte der ansteckenden Krankheit und der Todesgefahr überantwortet», gab er scharf zurück. Und: «Wir weisen den Vorwurf energisch zurück und lassen uns da nichts vorwerfen.»

NUR DIE TOTEN SOLDATEN ZÄHLTEN

Die Grippetoten wurden so zu einem Politikum. Aber halt eben nur jene, die im patriotischen Dienst standen, nämlich die wehrhaften Soldaten

«... die nun die hungernden und ungeschützten Arbeitenden dahinrafft.»

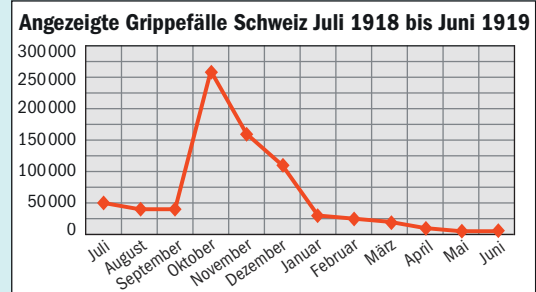
ZEITUNG «DIE GEWERKSCHAFT»

jedoch die Zivilisten, geschweige denn die ebenfalls in hoher Zahl gestorbenen Arbeiterinnen und Arbeiter.»

Schlimmer noch: Die Bürgerlichen schoben der Landesstreik-Leitung vom Oltener Aktionskomitee sogar die Schuld an den Grippetoten in die Schuhe. Namentlich der damalige Bundespräsident Felix Calonder. Im Nationalrat tönte das so: «Die Anstifter müssen sich heute bewusst sein, welch namenloses Leid und Unglück sie über unser Volk gebracht haben, dessen pflichtgetreue Söhne im Militärdienste zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung so zahlreich der heimtückischen Grippe zum Opfer gefallen sind.»

Spanische Grippe 1918/19: Demographische Katastrophe

Es herrschte kein Krieg. Und dennoch gab es 25 000 Tote. Allein in der Schweiz. Und das innerhalb von nur neun Monaten. Die Spanische Grippe von 1918/19 war die grösste demographische Katastrophe der modernen Schweiz. So urteilt heute die Geschichtswissenschaft. Dies,



KATASTROPHE: Im Oktober 1919 zählte die Schweiz fast 300 000 Infizierte. QUELLE: ARMIN RUSTERHOLZ /

GRAFIK: WORK

nachdem diese Pandemie lange Zeit kaum ein Thema war. Sie stand vollständig im Schatten des Ersten Weltkriegs, der «Ur-Katastrophe» des 20. Jahrhunderts, und ebenso im Schatten des Landesstreiks vom November 1918, des grössten politischen Konflikts der jüngeren Schweizergeschichte. Im damaligen Umgang mit der Spanischen Grippe widerspiegeln sich die Klassenkämpfe jener Zeit. (rh)

Zynisch, wenn man bedenkt, dass der Motor des Landesstreiks die damalige materielle Not der Bevölkerung war: Es fehlte an Kohle und Nahrungsmitteln, viele Familien litten Hunger, es gab keine soziale Absicherung, sondern nur Suppenküchen für die Armen. Die Löhne waren tief und die Arbeitslosigkeit hoch, während die Oberschicht fette Dividenden einstrich und es sich trotz Kriegszeiten gutgehen liess. Kein Wunder, schrieb ein Kommentator damals anklagend: «Wann wird der Racheengel erscheinen, der dem verruchten Ausbeutungssystem, dem Hauptschuldigen, den Garaus machen wird?»

Wir schreiben über die Krise. Von unten. Und konsequent.



work sagt, was ist. Am Puls der Zeit.

work – die Zeitung zur Arbeit für die Arbeitenden.

+++ 1 Jahr work für 36 Franken +++ www.workzeitung.ch

Indien: Corona-Politik treibt Hunderttausende in den Hunger

Die Menschen jenseits der Statistik



CORONA-GRAFFITI: in Mumbai mit Mundschutz. FOTO: GETTY

Das Coronavirus ist nicht politisch, aber es entblösst Politik. In Indien schafft diese zwei Gruppen von Menschen. Diejenigen, die sich die Quarantäne leisten können, und diejenigen auf der Strasse.

JOANE MARNER*

Am 24. März sassen Millionen Inderinnen und Inder vor ihren Bildschirmen, als Premierminister Narendra Modi die Ausgangssperre für einen Fünftel der Weltbevölkerung verkündete. Nur vier Stunden blieben ihnen, um sich auf die dreiwöchige Quarantäne vorzubereiten. Eine drastische Massnahme für gerade einmal 500

Über Nacht wurden wegen der Corona-Ausgangssperre Millionen Tagelöhner und Tagelöhnerinnen arbeitslos...

Denn das indische Gesundheitssystem ist marode und für breite Teile der Bevölkerung überhaupt nicht zugänglich (siehe Box).

ZU FUSS AUF DER AUTOBAHN

Premier Modis Hang zu grossen Taten war für einmal angebracht. Aber seine Politik verheerend. Kurz nach der Ansage standen die Reichen hamsternd vor den Regalen und die Armen vor dem Nichts.

Von Indiens Beschäftigten sind zwischen 80 und 90 Prozent im inoffiziellen Sektor tätig. Das sind rund 400 Millionen Menschen. Als Chai-Verkäufer, Haushälterinnen und Schuhputzer arbeiten viele von den Tagelöhnerinnen und Tagelöhnern in den grossen Metropolen. Ausgeschlos-

sen von Homeoffice und Kurzarbeit, wurden sie über Nacht arbeitslos. Ihre Ersparnisse hatten die meisten schnell aufgebraucht. Ohne Geld für Miete und Essen flüchten sie nun zu Hunderttausenden zu ihren Familien aufs Land: auf 500 Kilometer langen Fussmärschen, auf der Autobahn. Denn Premier Modi legte auch das gesamte öffentliche Verkehrsnetz lahm. Und weil viele indische Bundesländer die Grenzen bereits geschlossen hatten, stecken die Flüchtenden nun unter schlechtesten hygienischen Bedingungen und auf engstem Raum in Camps fest.

Zwei Tage nach Modis Ansage versprach die Regierung zwar ein Hilfspaket von rund 20 Milliarden Franken. Doch wie und wann es verteilt werden soll, ist vollkommen offen. Die grösste Schwierigkeit liegt darin, die Ärmsten überhaupt zu erreichen. Nicht alle haben ein Bankkonto, viele noch nicht einmal eine offizielle Identität. Aber selbst diejenigen, die registriert sind, brauchen jetzt nicht Versprechungen und abstrakte Zahlen, sondern Wasser und Brot.

AHSAN QURESHI KOCHT

Es sind Menschen wie Ahsan Qureshi, die nun das Essen zu den Hungernden bringen. Sie überwinden die Gräben, die die Regierung mit ihrer Politik aushebt. Qureshi hat sein Restaurant in Neu-Delhi kurzerhand in eine Gemeinschaftsküche umfunktioniert, um für die Leute auf der Strasse zu kochen. Auf Social Media sucht er nun Spenden von denjenigen, die sich das Social Distancing leisten können. Qureshi sagt gegenüber work: «Es fehlt nicht an Hilfsbereitschaft und trotzdem ist es schwierig, zu helfen.» Viele Nahrungsmittelhersteller würden nicht mehr voll arbeiten, weil ihre Mitarbeitenden zu Fuss nicht zur Arbeit kommen können. «Wir verteilen das Essen völlig unsystematisch», erzählt Qureshi. «Wir gehen einfach auf die Strasse und geben, was wir haben.» Pro Stunde verteilt er so 200 Mahlzeiten. Den Hunger zu finden, ist nicht schwierig.

GROSSE GESTEN, TRISTE TATEN

Neben all diesen Schwierigkeiten haben die Menschen auch noch mit der Willkür der Polizei zu kämpfen. Sie geht mit Bambusstöcken auf Helfende und Obdachlose los, weil sie sich nicht an die Ausgangssperre halten. Die Angst

Indien: Schwaches Gesundheitssystem

Indien investiert zwei Prozent des Brutto-sozialproduktes in das Gesundheitssystem. In der Schweiz sind es sechs Mal mehr. Pro 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner stehen dem Land 2,3 Intensivbetten zur Verfügung. Fast zwei Drittel der Krankenhäuser sind privatisiert, Versicherungen sind selten.

DIABETES. Zur fehlenden medizinischen Versorgung kommt dazu, dass viele Inderinnen und Inder an chronischen Krankheiten leiden und damit zu den Risikogruppen zählen. Indien ist Spitzenreiter bei den Diabetes-Erkrankten. Die massiv verschmutzte Luft in den Städten führt zudem zu vielen Lungenerkrankungen. Hinzu kommen fehlende Hygienemöglichkeiten und Mangelernährung, die zu schwachen Immunsystemen und erhöhter Anfälligkeit für Viren führen.

vor dem Hungertod bleibt aber für letztere grösser als die vor dem Virus. Niemand weiss, was nach der Ausgangssperre kommen wird. Die Zahl der Corona-Erkrankten steigt weiter an. In dieser Situation wählt Modi grosse Gesten. Als Zeichen der Solidarität bittet er die Menschen, dass sie Kerzen anzünden und klatschen sollen. Gerade er, der seit Jahren mit seiner hindunationalistischen Politik gegen andere Bevölkerungsgruppen aufhetzt.

... diese Schuhputzer, Chai-Verkäufer und Haushälterinnen stehen nun vor dem Nichts.

einteilt. In jene innerhalb des Systems und jene ausserhalb. Leute, die nicht registriert sind, werden keine Gelder bekommen. Sie werden keine medizinische Behandlung erhalten. Und sie werden nicht in die Statistik aufgenommen. Nicht einmal als Corona-Tote.

Covid geht viral

Corona macht kreativ, Teil II

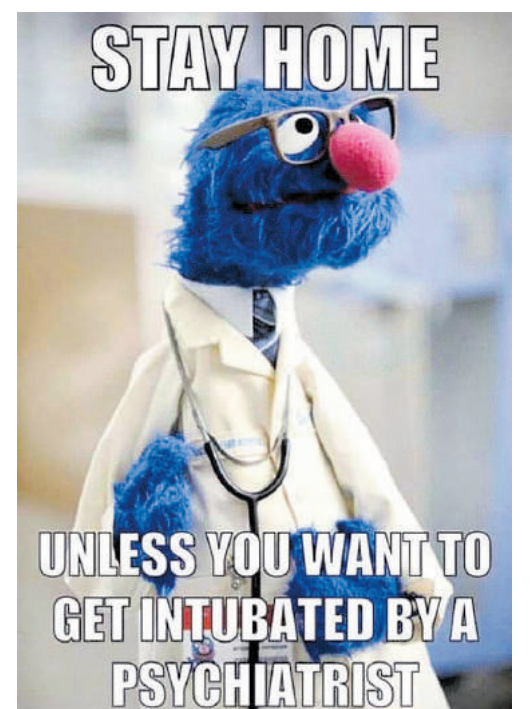
Tausende von Viren-Memes fluten die sozialen Medien. Hier eine munzige Auswahl.



I never thought in my entire life, my hands will consume more alcohol than my mouth.

«Hätte nie gedacht, dass meine Hände mehr Alkohol konsumieren als mein Mund.»

Leute, wir müssen die Quarantäne wirklich ruhiger angehen. Es gibt Menschen, die wirklich verrückt werden, weil sie eingesperrt sind. Ich habe das Thema vorhin mit der Mikrowelle und dem Toaster besprochen und wir drei sind uns nun einig, dass wir nicht mehr mit der Waschmaschine reden. Die verdreht nämlich immer alles!



«Bleib zu Hause! Es sei denn, du willst von einem Psychiater intubiert werden.»

*Joane Marnier schreibt über Indien. Sie lebte und studierte in Neu-Delhi.



Leere Regale, keine Masken und kein Impfstoff: Scheiss-Kapitalismus!

Corona zeigt überdeutlich: Der Kapitalismus versagt in der Krise vollends. Eine Beweisführung in zwei Neben- und drei Hauptwidersprüchen.

Es gibt unter uns Menschen Hamsterrinnen und Hamsterer. Wenn eine Gefahr droht, beginnen sie Depots anzulegen. Die Franzosen horten Rotwein. Unsere Nachbarn im Norden, die Deutschen, Klopapier.

Weil ein Teil der Bevölkerung in Deutschland Klopapier hortet, wischt sich der andere Teil mit Kosmetik- und Feuchttüchern den Allerwertesten ab. Dies führt in der Folge zu Verstopfungen im Abwassersystem. Und somit zu einer unterirdischen Systemkrise.

Und dies, obwohl die Klopapier-Fabriken in der EU den Markt problemlos mit genug Klopapier versorgen können, wenn nicht gehamstert wird. Auch wenn die Corona-Krise noch bis in den Dezember andauern sollte. Soll man Klopapier rationieren? Die Meinungen sind geteilt. Die SVP fordert, dass die Armeeapotheke Atemmasken aus China importiert. Zwischenfrage: War die SVP nicht während 25 Jahren für das Armeedepartement VBS zuständig? Zuerst mit Adolf Ogi, dann mit Sämi Schmid, mit Ueli Maurer und schliesslich mit Guy Parmelin. Sie alle verpulverten jedes Jahr Milliarden, aber legten keine Depots an mit Schutzmasken, Schutzanzügen und Beatmungsgeräten. Atemschutz-

masken sind Symbole. Die Zürcher SVP-Gesundheitsdirektorin Natalie Rickli kauft jetzt – mitten in der Krise und damit nicht eben billig – zwei vollautomatische Maschinen, die pro Tag je 32 000 Masken produzieren können. Eine vollautomatische Maschine kostet nur 740 000 Franken. Noch günstiger sind Maschinen, die nur einfache Atemschutzmasken produzieren. Um jene fünf Millionen Masken pro Tag zu produzieren, die die Schweiz psychologisch braucht. Denn der medizinische Nutzen ist umstritten. Alle zusammen würden viermal weniger gekostet haben als das unsinnige Retrofitten alter Mowag-Lastwägel im VBS.

Soweit zwei Nebenwidersprüche dieser Krise. Zentral ist anderes: **Hauptwiderspruch 1:** Die Pharmamultis Roche und Novartis produzieren keine Impfstoffe mehr. Die Schweizer Firma Berna Biotech, die einst Impfstoffe gegen Pocken, Cholera, Polio, Influenza und Hepatitis B produzierte, gibt es nicht mehr. Weil 2006 Gesundheitsminister Pascal Couchepin und SVP-Justizminister Christoph Blocher

keine 12 Millionen Franken in die Hand nehmen wollten, um den Betrieb zu retten. Nach der Krise ist vor der Krise. Jetzt muss die Schweiz pro Jahr mindestens 200 Millionen Franken in unabhängige, vergesellschaftete Forschung, Entwicklung und Produktion von Impfstoffen investieren. **Hauptwiderspruch 2:** Unsere weltweit führenden Pharmakonzerne lassen neben den Impfstoffen auch die Forschung nach Antibiotika-

Mitteln links liegen, die neu auch gegen heute resistente Keime wirken. Auch hier müsste der Staat mit 200 Millionen pro Jahr für Fortschritt sorgen. **Hauptwiderspruch 3:** Vielleicht ist es an der Zeit, über die Verstaatlichung der heute profitorientierten Pharma-Konzerne nachzudenken. Damit deren Produkte künftig allen Menschen weltweit zu vernünftigen Preisen zur Verfügung stehen würden.



UNTERIRDISCHE SYSTEMKRISE: In vielen Supermärkten gibt es wegen der Hamsterer kein Klopapier mehr. Dies führt zu Verstopfungen in den Abwassersystemen. FOTO: KEYSTONE

LINKS ZUM THEMA:

- rebrand.ly/klopapier Das Nachrichtenmagazin «Der Spiegel» bringt das Problem auf den Punkt: «Weil viele Haushalte in der Corona-Krise Klopapier hamstern, behelfen sich manche Menschen verstärkt mit anderen Tüchern – und stellen damit das Abwassersystem vor gewaltige Probleme.»
- rebrand.ly/schutzmasken Pro Tag braucht es fünf Millionen Atemschutzmasken, wenn wir alle mit einer herumlaufen würden. Geht noch nicht, weil es zu wenige Atemschutzmasken gibt. National und international. Jetzt rollt eine mehr oder minder grosse Do-it-yourself-Welle an. Atemmasken können Frau und Mann mit Staubsaugerbeuteln, Geschirrtüchern, T-Shirts und Kissenbezügen machen. Das glauben die «Stuttgarter Nachrichten» zu wissen. Nützt es nichts, so schadet es wohl auch nicht viel.
- rebrand.ly/vermummung Die Zürcher SVP-Gesundheitsministerin Natalie Rickli lässt ab Mitte April mit zwei Maschinen pro Tag 74 000 Schutzmasken produzieren. Rickli hätte dreissig solcher Maschinen anschaffen müssen, um für den Kanton Zürich der Forderung der SVP nach flächendeckendem Vermummungsgebot gerecht zu werden.
- rebrand.ly/notstand Die deutsche Gruppe Heise Medien berichtet auf ihrem Onlineportal: «Neben anderen Ermächtigungen erlaubt das geänderte Infektionsschutzgesetz dem Gesundheitsministerium, Patente in einer gesellschaftlichen Notlage zu ignorieren.» Der Ansatz hat – nach vorne gedacht – Potential: Für mehr als die Hälfte der Menschheit herrscht in Sachen medizinischer Versorgung permanent Notstand.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: www.workzeitung.ch

INSERAT

DER MENSCH IST KEINE MASCHINE.

Weltweit werden Millionen von TextilarbeiterInnen schamlos ausgebeutet. Wir kämpfen für faire Arbeit. Danke, dass Sie uns dabei unterstützen. **Kämpfen für globale Fairness. www.solidar.ch**

SOLIDAR SUISSE

12. – 14. November 2020

UNIA

Einberufung des vierten ordentlichen Kongresses der Gewerkschaft Unia

Die Delegiertenversammlung der Unia hat am 7. Dezember 2019 beschlossen, den vierten ordentlichen Kongress der Gewerkschaft Unia einzuberufen. Der Kongress wird vom 12. bis 14. November 2020 in Biel, Kongresszentrum, durchgeführt. Der Kongress steht unter dem Motto:

Höchste Zeit

Die Hauptthemen sind:
Tätigkeitsbericht und Bilanz Strategie 2016–2020
Strategische Ziele 2020–2024

Positionspapiere zu gewerkschaftspolitischen Themen:
Starke Arbeitnehmendenrechte – für alle gleich!
Respekt, mehr Lohn, mehr Zeit!
Ökosozialer Umbau!

Der Kongress wählt zudem die Geschäftsleitung und die Mitglieder des Zentralvorstands. Antragsberechtigt sind gemäss Unia-Statuten: die Regionen (und die Sektionen durch ihre Regionen); die Sektoren (und die Branchen durch ihre Sektoren); die Interessengruppen; die Delegiertenversammlung; der Zentralvorstand und die Geschäftsleitung.

Anträge sind bis spätestens am 30. Juni 2020 schriftlich einzureichen, Wahlvorschläge bis zum 11. August 2020.

Neuer Film über die Verbrechen der Schweizer Rohstoff-Konzerne:

Glencores Monster

Milliarden verdienen Schweizer Multis mit Ausbeutung und Umweltzerstörung. Zum Beispiel Glencore. «Der Konzern-Report» geht diesen Machenschaften filmerisch auf die Spur.

PATRICIA D'INCAU
Eine Luftaufnahme: Blick auf El Cerrejón, die grösste Kohlemine Lateinamerikas. Fast 70 000 Hektaren toter Boden, abgetragener Stein – ein riesiger schwarzer Schlund. Und jeden Tag wird er grösser. Rund 80 000 Tonnen Kohle werden hier täglich abgebaut. Mehr als 30 Millionen Tonnen pro Jahr.

Schnitt. In der Totalen: Mariluz Uriana, langes schwarzes Haar, buntes Kleid. Sie kämpft gegen El Cerrejón, das «Monster», wie sie die Mine nennt. Uriana gehört zur indigenen Wayúu-

Die Glencore-Mine vergiftet die Menschen.

Gemeinschaft, die das Land im Nordosten Kolumbiens über Jahrhunderte bewohnte und bewirtschaftete. Bis die Mine kam. Und sich alles einverleibte: den Grossteil des tropischen Trockenwalds, Seen und Flüsse, ganze Dörfer. Unter Zwang wurde ein Teil der Bevölkerung umgesiedelt. Mariluz Uriana und ihr Dorf sind noch da, aber: «Das Leben früher war ruhiger», sagt Uriana. «Ohne all die Krankheiten. Ohne all den Schmerz.»

GEWALTSAME VERTREIBUNG

Die Mine vergiftet die Menschen. Der Tagebau setzt Schwermetalle frei. Sie gelangen in die Luft, ins Wasser, in die Böden. Und von dort in den Körper. «Unsere Kinder leiden unter Asthma, Juckreiz, Ausschlägen. Die Erwachsenen unter Bluthochdruck und Herzbeschwerden», erzählt Uriana. Dazu kommen wirtschaftliche Probleme: Die Ernten fallen kleiner aus, die Fischerei ist geschrumpft, die Selbstversorgung zusammengebrochen. Die Mine zerstört die Lebensgrundlagen, ohne neue zu schaffen: 2017 stellte der Bergbau nur gerade 2,9 Prozent der



MONSTRÖS: El Cerrejón in Kolumbien ist die grösste Kohlemine Lateinamerikas. Das sind 70 000 Hektaren toter Boden. FOTO: GETTY

Arbeitsplätze in der Region. Minenarbeiterinnen und Minenarbeiter, die sich gewerkschaftlich organisieren, werden bedroht.

Schnitt. In der Schweiz: Hier sitzen die Verantwortlichen. Dem Multi Glencore gehört ein Drittel von El Cerrejón. 2017 verdiente der Konzern 387 Millionen Dollar mit der Ausbeutung am äussersten Zipfel Kolumbiens. Es ist nicht das einzige giftige Geschäft: Glencores Kupfermine in Sambia verpestet die Luft mit tödlichen Schwefeldioxid-Wolken. Im Kongo kontaminieren Kupfer- und Kobaltminen die Böden, die Dämpfe in der Luft sind lebensgefährlich. Und in der Klage der US-amerikanischen Non-Profit-Organisation International Rights Advocates (IRA) gegen Kinderarbeit taucht Glencore bis zu fünfzig Mal auf.

FDP-MANN GEGEN KONZERNE

Glencore ist der grösste Skandal-Multi mit Sitz in der Schweiz, aber nicht der einzige: Nestlé, Gunvor, Vitol, Trafigura... Die Liste ist lang. Je nach Rohstoff laufen zwischen 20 und 65 Prozent des gesamten Welthandels über

Schweizer Unternehmen. Hier profitieren sie von tiefen Steuern und wenig Regulationen. Im globalen Süden davon, dass sie und ihre Tochterfirmen für Ausbeutung und Umweltzerstörung nur selten verurteilt werden.

Schnitt. Kamerafahrt: Dick Marty spaziert dem Luganersee entlang, sagt: «Diese Konzerne sind fast immer dort tätig, wo der Staat sehr schwach ist und die Justiz nicht funktioniert. Die einzigen geltenden Regeln sind die Interessen der Konzerne.» Marty ist kein Linker, sass für die FDP im Eidgenössischen Parlament. Trotzdem ist er der Kopf der Konzernverantwortungsinitiative, die fordert: Menschen, die im Ausland Opfer von Schweizer Konzernen werden, müssen in der Schweiz klagen können. Ein fairer Prozess in einem stabilen Rechtssystem.

Schnitt. Kolumbien: Anwalt Alirio Uribe Muñoz ist sich sicher: «Wenn morgen dank einer Schweizer Gesetzgebung erreicht wird, dass Schweizer Konzerne vor Schweizer Gerichten zur Verantwortung gezogen werden können», dann wäre der Zugang der Opfer «zum Recht, zur Wahrheit und zur

Initiative: Kampagne unterbrochen

Ihre Unternehmenssitze haben die Multis Glencore, Lafarge Holcim und Co. in der Schweiz. Die Ausbeutung und die Umweltzerstörung praktizieren sie weit weg, im globalen Süden. Für den «Konzern-Report» haben ein Schweizer Filmteam sowie Vertreterinnen und Vertreter der Konzernverantwortungsinitiative im Dezember 2019 Schauplätze in Kolumbien und Nigeria besucht, an denen sich die Bevölkerung seit Jahren vergeblich gegen die Multis wehrt.

VERSCHOBEN. Der «Konzern-Report» sollte ab März an 276 Filmabenden in der ganzen Schweiz gezeigt werden. Wegen des Coronavirus wurden alle Veranstaltungen abgesagt. Und das Thema im Parlament einmal mehr auf die lange Bank geschoben: In der Frühlingssession stand die Initiative (wieder) auf der Traktandenliste. Wegen Corona wurde die Session abgebrochen. (pdi)

Wiedergutmachung garantiert.» Ob und wann das sein wird, steht in den Sternen. Die Konzernverantwortungsinitiative wurde 2016 eingereicht. Seither schieben Parlament und Regierung das Geschäft vor sich hin (siehe Box oben).

Dokumentarfilm «Der Konzern-Report», erhältlich auf DVD, Richtpreis: 10 Franken. konzern-initiative.ch/konzern-report-dvd

Linke Wochengespräche Dissens

Sie sind ein kritischer Geist und hören gern gute Radiogespräche? Dann sollten Sie unbedingt den «Dissens Podcast» des Konstanzer Journalisten Lukas Ondreka kennenlernen. Denn das Onlineformat sendet seit gut einem Jahr Woche für Woche ein hochinteressantes 30-Minuten-Gespräch mit einer Persönlichkeit aus Wissenschaft, Politik oder Kultur. Die Themen sind immer brandaktuell. Gerade sprach Thomas Gebauer von der deutschen Menschenrechtsorganisation Medico International über die Bedeutung der internationalen Solidarität für die Bekämpfung des Coronavirus. Und am 13. März, just am 100. Jahrestag des Kapp-Militärputsches gegen die Weimarer Republik, erklärte der Historiker Bernd Langer, warum damals ein Generalstreik die Demokratie rettete.

Alle Sendungen gibt es gratis auf dissenspodcast.de und wöchentlich auch via Spotify und iTunes.

Kinder-/Jugendbücher Schluss mit Klischees

Buben tragen Blau, spielen Fussball und werden Piloten. Mädchen tragen Rosa, tanzen Ballett und werden Lehrerinnen. Geschlechterstereotype wie diese sind weder natürlich noch gesund. Viele Kinder leiden unter den engen Grenzen, die ihnen gesetzt werden. Des-



halb hat die Fachstelle für Gleichstellung der Stadt Zürich einen Katalog für Kinder- und Jugendbücher mit vielfältigen Geschlechterrollen erstellt. Es sind Geschichten, in denen die Figuren ihre Gefühle offen zeigen und darüber sprechen, daneben aber auch wild, laut, abenteuerlustig und selbstbewusst sind – unabhängig von ihrem Geschlecht. Die Bücher spielen mit gängigen Klischees und drehen sie lustvoll um. Oder sie öffnen den Blick von vornherein für eine grosse Vielfalt an Lebensformen.

Den gesamten Prospekt mit 45 Büchern gibt es auf rebrand.ly/kinderbuecher.

Arte-Doku Vormarsch der Viren

Sars, Ebola, Schweine- und Vogelgrippe und jetzt Corona: Kaum ein Jahr vergeht, ohne dass tödliche Epidemien die Schlagzeilen erobern. In den letzten sechzig Jahren sind mehr als 350 neue Infektionskrankheiten aufgetreten. Nie zuvor gab es so viele neue Viren. Forschungen zufolge werden viele gefährliche Krankheiten von wilden Tieren auf den Menschen übertragen – das Ebolafieber stammt von Fledermäusen, die Vogelgrippe H5N1 von Zugvögeln und der neue Coronavirus wohl vom Schuppentier Pangolin. Doch wie kann sich die Menschheit vor den unsichtbaren Bedrohungen schützen? Und warum bietet der globalisierte Kapitalismus einen so guten Nährboden für Viren? Diesen Fragen ging schon 2014 eine lehrreiche Arte-Doku auf den Grund. Diese steht jetzt wieder gratis zur Verfügung.

«Ansteckungsgefahr! Epidemien auf dem Vormarsch», Frankreich 2014, 83 Minuten. rebrand.ly/viren-doku

work1xl der wirtschaft

David Gallusser



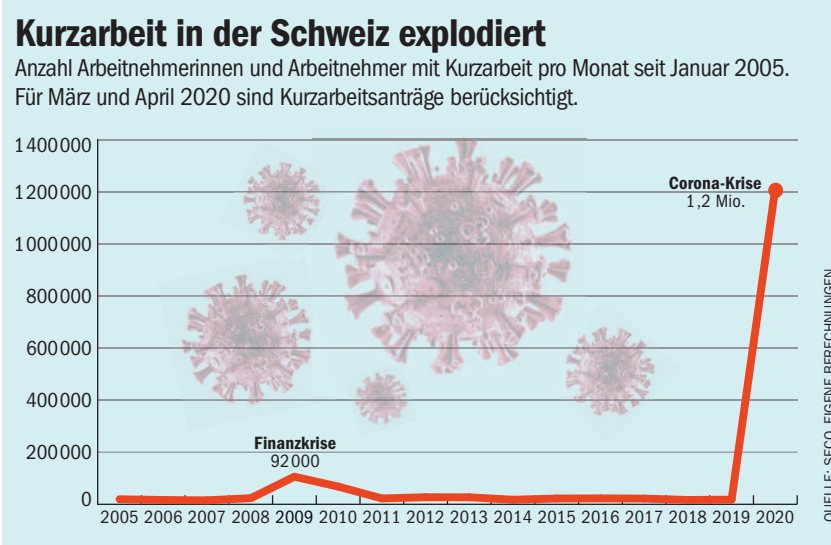
BESSER CORONA-SCHULDEN STATT WIRTSCHAFTSSCHÄDEN

Die Massnahmen zur Eindämmung des Coronavirus schränken nicht nur unseren Alltag ein. Sie lasten auch schwer auf der Wirtschaft. Die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen ist stark verringert, weil wir zu Hause bleiben und Betriebe geschlossen sind. Die Wirtschaft droht langfristig Schaden zu nehmen. Wirtschaftsbeziehungen könnten abreißen, Investitionen aufgeschoben werden und eigentlich gesunde Firmen in den Konkurs rutschen. Um den Schaden gering zu halten, versuchen Bund und Kantone, die Wirtschaft einzufrisieren. Geld, das normalerweise fließt, wird vom Staat bezahlt, damit Beschäftigte und Betriebe nach der Pandemie möglichst dort weiterarbeiten können, wo sie aufgehört haben.

WICHTIGE KURZARBEIT. Mit Kurzarbeitsentschädigungen werden die Löhne von Unternehmen in Schiefelage bezahlt. Das Instrument wird regelmäßig genutzt (siehe Grafik) und sichert nicht nur Löhne, sondern auch Arbeitsplätze. Parallel dazu wird mit Erwerbs-

ersatz auch Selbständigen ein Einkommen garantiert, obwohl nicht alle die nötige Hilfe erhalten, die sie bräuchten. Unzureichend sind auch die vom Bund verbürgten Kredite für KMU. Die Kredite geben den Betrieben zwar Zugang zu benötigtem Geld. Dies könnte sich aber in Zukunft wegen Überschuldung mit Konkursen rächen. Besser wäre es, Geld direkt auszuzahlen. Falls künftig Gewinne anfallen, könnte man das Geld wieder zurückfordern.

SCHULDEN SCHADEN NICHT. Für die Unterstützung der Wirtschaft hat der Bundesrat über 40 Milliarden Franken gesprochen (Stand 5. April). Werden die Massnahmen gegen die Epidemie verlängert oder die Hilfen ausgeweitet, kann die Summe schnell grösser werden. Für den Bund ist das aber kein Problem. Erstens sind 40 Milliarden bloss 6 Prozent des BIP. Zweitens sind Investoren geradezu erpicht darauf, der Eidgenossenschaft das nötige Geld zu leihen. So sehr, dass der Bund für Schulden zur-



zeit keine Zinsen zahlt, sondern Geld mit Schulden verdient. Und drittens schränken die Schulden die öffentliche Hand nicht ein. Mit künftigem Wachstum verlieren sie ohnehin stetig an Relevanz. Möchte man die Schulden nach der Krise dennoch schneller abbauen, könnte man Abgaben auf Kri-

sengewinne oder grosse Vermögen erheben. Fatal wäre es, aus Angst vor Schulden jetzt zu wenig zu unternehmen. Die Wirtschaftskrise schadet der Schweiz, Schulden hingegen nicht.

David Gallusser ist Ökonom und Unia-Mitglied.

Coronavirus und Arbeitswelt: Die Regeln im Überblick

Was Sie über Ihre Rechte wissen müssen



Weiterhin gelten für die Arbeitswelt Ausnahmeregeln. Hier die wichtigsten. Mit persönlichen Anliegen wenden sich Mitglieder an ihre Unia-Region.

Wenn Ihre Firma normal arbeitet

Die Firmen sind zur Einhaltung der Empfehlungen des Bundesrats zu Hygiene und sozialer Distanz verpflichtet. Die kantonalen Behörden sind zu Kontrollen berechtigt und können Betriebe schliessen, die gegen die Auflagen verstossen. In Pausenräumen und Kantinen ist das Versammlungsverbot einzuhalten: Keine Menschenansammlungen von mehr als fünf Personen. Sitzungen sollen mit möglichst wenig Personen durchgeführt werden, im Raum müssen pro Person rund vier Quadratmeter zur Verfügung stehen.

Wenn Sie zu Hause arbeiten

Auch im Homeoffice gilt der laufende Arbeitsvertrag in Bezug auf Lohn, Arbeitszeit, Rechte und Pflichten. Entstehen den Angestellten im Homeoffice Kosten (Nutzung privater Geräte, Telefon, Strom), sind ihnen diese zu vergüten.

Wenn in der Firma Kurzarbeit gilt

Die Firma kann jetzt auch Kurzarbeit für Angestellte mit befristeten Verträgen (zum Beispiel Saisoniers), für Personen, die über eine Verleihfirma eingestellt sind, und für Lehrlinge anmelden. Bei genehmigter Kurzarbeit vergütet die Arbeitslosenkasse 80 Prozent des Lohnausfalls. Sozialversicherungsbeiträge werden weiterhin auf dem Normallohn abgerechnet.

Auch Lehrlinge und Temporäre können jetzt kurzarbeiten.

Angestellten, die in einem bereits gekündigten Arbeitsverhältnis stehen, und jenen, die sich mit Kurzarbeit nicht einverstanden erklären, ist der volle Lohn geschuldet. Wobei die Verweigerung von Kurzarbeit mit dem Risiko verbunden ist, die Kündigung zu erhalten. Frauen im Mutterschaftsurlaub erhalten das volle Mutterschaftstaggeld. Ob das Krankentaggeld während der Kurzarbeit gekürzt wird oder nicht, bestimmt das Reglement der jeweiligen Krankenversicherung.

Wenn Sie einer Risikogruppe angehören

Wer älter ist als 65 Jahre und/oder unter einer Vorerkrankung leidet, soll, wann immer möglich, zu Hause arbeiten. Lässt sich das nicht einrichten, ist die Firma diesen Personen ge-

genüber zu besonders strikter Einhaltung der Regeln zu Hygiene und sozialer Distanz verpflichtet. Ist die Einhaltung unsicher, muss die Firma die betroffene Person unter Lohnfortzahlung beurlauben.

Wenn Sie oder eine Person im gleichen Haushalt erkranken

Wer bei sich selber Symptome einer Erkrankung der Atemwege feststellt, sollte in Selbstisolation zu Hause bleiben. Sind die Symptome so leicht, dass trotzdem im Homeoffice gearbeitet werden kann, gilt der normale Lohn. Ansonsten gelten die gleichen Regeln wie bei anderen Erkrankungen, es gibt also entweder Taggelder durch die Krankentaggeldversicherung oder Lohnfortzahlung vom Arbeitgeber.

Für Quarantäne auf ärztliche Anordnung gibt es Taggelder.

Andere Regeln gelten für jene, die mit einer erkrankten Person im gleichen Haushalt leben oder mit ihr intim waren. Sie müssen sich zu Hause in Selbstquarantäne begeben. Zeigen sich nach zehn Tagen keine Symptome, kann die Quarantäne beendet werden. Für die Quarantäne unbedingt eine ärztliche Anordnung einholen. Dann kann für diese Zeit ein Taggeld bei der Ausgleichskasse beantragt werden (gleiches Formular wie Betreuungsgeld, siehe unten).

Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) hat eine Checkliste für Selbstisolation und-quarantäne publiziert: [rebrand.ly/quarantaene](#).

Wenn Sie Betreuungspflichten haben

Eltern oder Elternteile, die zu Hause bleiben müssen, um ihre Kinder zu betreuen, werden finanziell unterstützt. Mindestens eines der Kinder darf nicht älter als zwölf Jahre sein. Gemäss Arbeitsgesetz gelten die ersten drei Tage als freie Tage infolge elterlicher Fürsorgepflicht, und das Obligationenrecht legt fest, dass für diese Tage Lohn zu bezahlen ist. Ab dem vierten Tag haben die Eltern seit dem 19. März und bis zum Ablauf der Covid-19-Verordnung Anspruch auf eine Entschädigung. Diese beträgt 80 Prozent des Lohns, höchstens aber 196 Franken pro Tag. Die Entschädigung wird bei Elternpaaren, bei denen beide zu Hause bleiben, nur einmal ausbezahlt. Während der Schulerferienzeit ruht der Anspruch

auf Entschädigung, es sei denn, die Eltern können nachweisen, dass die in den Ferien üblicherweise bestehende Betreuungslösung als Folge des Coronavirus nicht anwendbar ist. Wer die Entschädigung in Anspruch nehmen will, muss sich selber bei seiner AHV-Ausgleichskasse anmelden. Das Formular dazu findet sich auf: [rebrand.ly/Elterngeld](#).

Betreuungstaggeld müssen Sie selber beantragen.

Wer jetzt andere nahestehende Personen – die eigenen Eltern, den Lebenspartner – betreiben muss oder zu Hause bleiben will, um diese Personen einem möglichst geringen Ansteckungsrisiko auszusetzen, profitiert leider nicht vom Betreuungstaggeld. Für die ersten drei Tage kann bezahlter Urlaub (siehe oben) geltend gemacht werden, danach bleibt nur der Bezug von unbezahltem Urlaub oder von Ferien oder das Einziehen von Überstunden.

Wenn Sie arbeitslos werden oder sind

Die meisten Arbeitslosenkassen und Arbeitsvermittlungszentren (RAV) sind derzeit geschlossen. Neuanmeldungen sind per E-Mail oder per Post einzureichen, Beratungsgespräche werden telefonisch geführt. Die Berechnung der Höhe von Arbeitslosenentschädigungen bleibt unverändert. Jedoch erhalten alle Versicherten, die derzeit bezugsberechtigt sind oder neu bezugsberechtigt werden, maximal 120 zusätzliche Taggelder, und die Rahmenfrist für den Leistungsbezug ist um zwei Jahre länger. An der Pflicht, eine Stelle zu suchen, ändert sich grundsätzlich nichts, jedoch sind die RAV dazu angehalten, im Gespräch mit den Versicherten

Bis 120 Taggelder zusätzlich und eine längere Rahmenfrist.

die Wiedereingliederungs- und Bewerbungsstrategien an die erschwerte Stellensuche anzupassen. Auf den Nachweis von Arbeitsbemühungen, der üblicherweise jeweils am 5. des Monats für den Vormonat einzureichen ist, wird bis nach Ablauf der bundesrätlichen Verordnung zu Covid-19 verzichtet. Ein Nachweis ist erst wieder einen Monat nach Ablauf der Verordnung einzureichen. Die Anordnung neuer arbeitsmarktlcher Massnahmen (Kurse, Beschäftigungsseinsätze, Praktika) entfällt bis auf weiteres.



RAT IN FÜNF SPRACHEN

Weitere Informationen finden Sie in fünf Sprachen auf [www.unia.ch/coronavirus](#). Mit Ihrer persönlichen Frage wenden Sie sich an Ihre Unia-Region. Die Telefonnummer finden Sie unter der gleichen Web-Adresse. Wenn Sie noch nicht Mitglied sind: Den Link zur Online-Anmeldung finden Sie ebenfalls auf dieser Seite. Je mehr Mitglieder die Unia zählt, desto mehr kann sie für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erreichen.

Wenn Sie Teilzeit arbeiten, im Stundenlohn oder auf Ähru

Ist bei Teilzeitarbeit oder Arbeit im Stundenlohn ein regelmässiges Pensum vereinbart,

kann die Firma das Pensum nicht unvermittelt einseitig reduzieren. Sie schuldet weiterhin den vereinbarten vollen Lohn. Die Unia rät, die Firma per Einschreiben zur Zahlung des üblichen Lohns aufzufordern.

Bei Arbeit auf Abruf hängt die arbeitsrechtliche Stellung davon ab, wie regelmässig Sie arbeiten. Weicht das monatliche Pensum

nicht mehr als plus/minus 20 Prozent vom längerfristigen Durchschnitt ab, ergibt sich ein Anspruch auf die durchschnittliche Anzahl Arbeitsstunden. Ruft die Firma diese Stunden nicht ab, kommt sie in Annahmeverzug. Die Unia rät, die Firma per Einschreiben zum Abruf des üblichen Pensums aufzufordern. Unter dem Titel «Kein Lohn? Zu wenig Einsätze?»

stellt die Unia Musterbriefe für solche Fälle zur Verfügung: [rebrand.ly/musterbriefe](#).

Anfang April hat der Bundesrat angekündigt, er plane bei der Kurzarbeitsentschädigung einen Ausbau für Angestellte auf Abruf, die wegen zu unregelmässigen Einsätzen bisher leer ausgehen. Die Konditionen standen bei Redaktionsschluss noch nicht fest.

RENATE SCHOCH ZUM ARBEITNEHMERSCHUTZ IN DER CORONA-KRISE

«VERSTÄRKT DIE PROBLEME»

work: Renate Schoch, in den Unia-Regionen laufen die Telefone seit Ausbruch der Corona-Krise heiss. Hat sich die Situation mittlerweile entspannt, oder bleibt die Nachfrage nach persönlicher Beratung gross?



Renate Schoch ist in der Unia-Geschäftsleitung zuständig für Mitgliederservice und Rechtsdienst.

Renate Schoch: Von Entspannung ist nichts zu spüren. Wir gehen davon aus, dass die Zahl der Anfragen hoch bleibt. Viele Arbeitnehmende sind in einer ungewissen Lage; besonders solche, die vor der Corona-Krise bereits in prekären Arbeitsverhältnissen gearbeitet haben. Wir fürchten auch, dass viele Betriebe Konkurs anmelden werden, und es so zu Entlassungen kommt. Wir verfolgen die Situation und beraten die Betroffenen.

Stellen die Ratgebenden der Unia fest, dass gewisse Themen besonders häufig angesprochen werden?

Besonders gefährdete Personen – ältere oder solche mit Vorerkrankungen – sind im Ungewissen, ob sie nun mit Arbeiten aufhören dürfen oder nicht. Die Änderung der Verordnung durch den Bundesrat hat hier grosse Verunsicherung ausgelöst. Die Empfehlungen des Bundesamts für Gesundheit (BAG) und die Verordnung des Bundesrates widersprechen sich. Faktisch müssen nun besonders gefährdete Personen zur Arbeit erscheinen, wenn der Arbeitgeber dies verlangt und sagt, dass die Hygiene- und BAG-Empfehlungen eingehalten werden. Das ist Unsinn und eine grosse Belastung für die Betroffenen. Zusammen mit dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund setzen wir uns dafür ein, dass besonders gefährdete Personen im Homeoffice arbeiten können oder, wenn das nicht geht, nicht zur Arbeit erscheinen müssen.

Gibt es Lücken im rechtlichen Schutz der Angestellten, welche die Unia schon immer kritisiert hatte und die sich nun als besonders gravierend erweisen?

Ja, die gibt es. Die Krise verstärkt diese Probleme. Ein Beispiel: Wenn mein Arbeitsvertrag keine Stundenanzahl definiert, weiss ich auch nicht, wie viel ich pro Monat verdienen werde. Folglich ist auch unklar, wie viel weniger ich jetzt verdiene wegen der Krise. Der Gesetzgeber sollte die Arbeitgeber zwingen, im Arbeitsvertrag Mindeststunden zu verankern. Gegenwärtig haben wir nur eine Bestimmung im Obligationenrecht – zahllos, weil keine Sanktionen daran geknüpft sind. Hier soll das Gesetz die Arbeitgeber in die Pflicht nehmen.

Der Lockdown trifft auch Ihren Fitnessclub und die Turnvereine. So bleiben Sie trotzdem fit.

Tun Sie Ihrem Körper etwas Gutes: Halten Sie ihn in Bewegung!



FRISCHE LUFT: Wenn bloss das Joggen nicht verboten wird! FOTO: ISTOCK

Das soziale Leben auf Sparflamme, die Sportanlagen geschlossen und der Ausgassrayon eingeschränkt: Da wird man schnell zur Couch-Potato! Frischluftsport und ein Training zu Hause schaffen Abhilfe.

MARTIN JAKOB

Der Samstagmorgen im Fitnessstudio: gestrichen. Das Volleyballtraining des Turnvereins inklusive Warmlaufen und Stretchingübungen: verboten. Was nun? Der Kopf sagt: Dann lass ich's halt bleiben. Der Körper ruft: Bitte, beweg mich trotzdem – irgendwie! Und der Körper hat recht. Erstens wäre es schade, würden die Gelenke einrostend und die sorgfältig aufgebaute Kondition verloren gehen. Und zweitens hält Fitness auch den Geist auf Trab.

DRAUSSEN. Noch sind wir nicht so weit, dass Outdoor-Sport verboten wäre. Wandern, Joggen, Biken sind erlaubt, nur nicht in Gruppen von mehr als fünf Personen. Warum nicht die Gelegenheit nutzen, um in den Laufsport einzusteigen? Praktische Ratschläge für Einsteiger vermittelt der Verband Swiss Running. Und das inklusive eines zehnwöchigen Trainingsplans, der Sie darauf vorbereitet, danach an einem 3 bis 5 km langen Volkslauf teilnehmen zu können. In zehn Wochen lässt sich damit hoffentlich auch gleich das Ende des Lockdowns feiern! [rebrand.ly/lauftraining](#)



FOTO: ISTOCK

DRINNEN. Leider vermiest das Wetter immer mal wieder den Gang ins Freie, und nicht alle haben ideale Lauf- oder Bike-Routen vor der Haustür. Bleibt die eigene Wohnung als Turnhalle. Da ist die Auswahl an Trainingsanleitungen riesig und deckt alle Bedürfnisse aller Talente und Temperamente ab. Nachstehend einige Möglichkeiten – alle kommen ohne Geräte aus, die man erst für gutes Geld online beschaffen müsste (die Sportartikelläden sind ja auch geschlossen).

● Für Homeoffice-Potatos: Die Suva hat ein «Fit-Programm für Vielsitzer» entwickelt, das die Haltemuskulatur und die Beweglichkeit verbessert. Empfohlen ist, die Übungen zweibis dreimal wöchentlich durchzuführen und mit zwei bis drei Aus-

dauertrainings (zum Beispiel Joggen, siehe links) à 30 Minuten zu ergänzen. [rebrand.ly/suvafit](#)

● Für Muskelpacker: Wer an die Krafttrainings im Fitnessstudio gewöhnt ist, vermisst jetzt den Gerätepark seiner üblicherweise besuchten Folterkammer. Aber Krafttraining geht auch ohne Geräte! Zum Beispiel mit dem Programm «Kraftpaket» der Rheumaliga. Mit einem Training pro Woche lasse



MUCKI-MACHER: Es geht doch nichts über die gute alte Liegestütz! FOTO: ISTOCK

sich der Muskelschwund aufhalten, mit drei Trainingsnehme die Kraft zu, verspricht das Programm. Download der Broschüre: [rebrand.ly/ligafit](#).

● Für Ungeduldige. Trainieren? Dann halt, aber bitte nicht zu lange – wir haben ja noch anderes zu tun! Für Menschen mit wenig Zeit bieten sich das Konzept der 7-Minuten-Workouts an. Das sind Intervalltrainings mit intensiven Aktivsequenzen, unterbrochen von kurzen Pausen. Die Übungen lassen sich aufs eigene Profil und



FOTO: ISTOCK

die Trainingsziele hin zusammenstellen. Die App «7 Minute Workout» von Perigee (für iOS und Android erhältlich) ist ein typischer Vertreter dieser Trainingsart und in den Grundfunktionen kostenlos. Wer im App-Katalog nach «7-Minuten-Workout» sucht, findet eine ganze Reihe weiterer Anbieter. Achtung: Oft lauern teure Optionen!

● Für Vielseitige. Yoga? Pilates? Tanz? Six-pack? Cyberobics hat Trainingsprogramme für jeden Bedarf und lässt sich über eine App oder die Website [cyberobics.com](#) abrufen. Während des Lockdowns ist die Nutzung gratis. Und danach gehts ja wieder ins Volleyballtraining...

WORKOUT 1976

FIT EN FAMILIE

Die eigene Wohnung als Turnhalle? Nun, das gibt's schon lange. Ältere Semester erinnern sich an «Fit mit Jack»: Der legendäre Kunstturner und Nationaltrainer Jakob Günthard (1920–2016) rief in den Siebzigerjahren das Schweizer Volk über Radio und Fernsehen zu Leibesübungen vor Lautsprecher und Bildschirm auf. Mit zackigem Parlando kommandierte er die rund fünfminütigen Trainingseinheiten (für Nostalgieker ein amüsanter Blick zurück: [rebrand.ly/fitmitjack](#)).

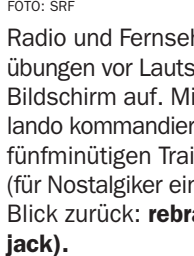


FOTO: SRF

Telefonieren und surfen: Vermeiden Sie versteckte Kostenfallen

Gut verbunden

Social Distancing? Umso wichtiger wird das Telefon. Nur darf uns die Rechnung Ende Monat nicht aus den Socken hauen.

«Bloss nicht einfach lostelefonieren!» rät Ralf Beyeler, Telekom-Experte des Online-Vergleichsdiensts Moneyland. Denn je nach Abonnement, das man für Handy, Smartphone, Festnetz und Internetanschluss gewählt hat, führt eine intensivere Nutzung auch zu höheren Kosten.

Sehen Sie deshalb jetzt nach, was in Ihrem Abo enthalten ist: Telefonieren Sie mit Flatrate, also unlimitiert zum Fixpreis? Sind Auslandsgespräche unbegriffen oder vielleicht nur die aus dem Ausland eingehenden Anrufe? Wie gross ist das im Preis enthaltene Datenvolumen? Eine Stunde Netflix verbraucht etwa 700 Megabyte! Können Sie zu Hause auf einen Internetanschluss mit WLAN zugreifen,

entspannt sich die Situation schon mal. Dann können Sie auch den Schwatz mit Freunden übers Internet führen – mit Whatsapp, Facetime, Skype oder einer anderen App. Kommen Sie zum Schluss, dass Sie trotzdem mehr Leistung brauchen? Prüfen Sie, ob Sie bei Ihrem jetzigen Anbieter ein befristetes Upgrade lösen können», empfiehlt Ralf Beyeler. Die Krise wird ja nicht ewig dauern. Und die Mindestlaufzeiten von Neuverträgen sind oft länger, als kundenfreundlich wäre. Während der Corona-Krise bieten einige Telekom-Anbieter Extrakonditionen wie höhere Datenvolumen zum gleichen Abo-Preis. Infos und Preisvergleiche auf [moneyland.ch](#). (jk)



**Die Gutscheine können bei Coop
sowie Unternehmen der
Coop-Gruppe eingelöst werden.**

**Coop Rechtsschutz wünscht
Ihnen einen guten Einkauf!**

coop rechtsschutz
einfach anders.

LÖSUNG UND GEWINNER AUS NR.6
Das Lösungswort lautete: GESUNDHEIT



**DEN PREIS, 200 FRANKEN IN REKA-CHECKS,
hat gewonnen: Stefan Siegenthaler, Bowil BE.
Herzlichen Glückwunsch!**

jp. Gedicht- form	↙	↘	islam. Name für Gott	bibl. Bez. für das Pa- radies	winterl. Acces- soires	↙	↘	Wasser- stelle in der Wüste	1000 Gramm Mz.	dt. Vorsilbe	Meeres- säuge- tier	↙	Abk.: Eidg. Zollver- waltung	↙	heftiger Sturm	Heraus- geber	Kykla- den- insel	Zch. f. Thulium
kanad. Provinz	➡	14						betriebl- iche Mass- nahme	➡					9				
ital. Artikel	➡		streich- bare Masse		Darstel- ler von Hercule Poitrot †	➡	10						Salz der Ölsäure		Walliser Alpen- gipfel 4545m	➡	11	
kleines Orche- ster	➡		1					Karten- spiel		balt. Osteuro- päerin		eh. engl. Rock- gruppe	➡					Öl- pflanze
↙					Gehabe, Ziererei			öffentl. provo- zieren	➡					3		Lob- gesang		Winter- sportort im Kt. BE
Ausgangs- ort des Corona -Virus'	ital. Tonbez. für das E	schweiz. Sach- buch- autorin		Gefährte, Kamerad	➡		8					kleines Reise- flug- zeug		... - schooling	➡			
nörgeln, meckern	➡							Hunde- rasse		erbit- terter Wider- sacher		antiker Be- schreib- stoff	➡	7				
↙				gelöst, ent- spannt (engl.)		Fehl- betrag	➡								Kon- struk- teur		Abk.: Erst- ausgabe	
									2									
musik.: Ende	Meeres- sprüh- wasser		dumpf lärmen	➡							Staat in Süd- amerika		ausser- ordent- lich	➡		12		
süßer Brot- aufstrich	➡					d. Land- wirtsch. betref- end		Auslese der Besten		Stil- richtung in der Kunst	➡					... -19- Pandemie		Muskel- fort- setz- ung
↙			Kunst- flug- figur	➡	Vermitt- lungs- büro	➡	5						junges Rind		Halbton unter C	➡		
1. Per- son Prä- sens von sein		finanz. Ab- sicherung des Lebens- unterhaltes	➡							Ur- sprungs- label		schwe- res Ge- schütz	➡					
Schwie- rigkeit (ugs.)	➡				an diesem Ort, dort			Abk.: Kanton		Kantons- hauptort	➡		13			US- Soldat (ugs.)		Abk.: ohne Gewähr
kleine Fahne		Schrift- leitung im Verlag	➡									Söldner- truppe	➡		4			
↙									engl. Univer- sitäts- stadt	➡								

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------

**Lösungswort einsenden an: work,
Postfach 272, 3000 Bern 15, oder per
E-Mail: verlag@workzeitung.ch
Einsendeschluss 24. April 2020**

Coronavirus: Was Angestellte wissen müssen

Was, wenn mein Betrieb schliessen muss? Die Schulen sind zu – darf ich meine Kinder betreuen und erhalte weiterhin Lohn? Ich muss mehr arbeiten, als in meinem Vertrag steht – ist das korrekt?

Aufgrund der aktuellen Situation stellen sich in der Arbeitswelt viele rechtliche Fragen. Die Unia beantwortet diese und viele weiteren Fragen in einem FAQ und bietet Brief-Vorlagen an den Arbeitgeber zum Herunterladen an. Passt keine der Antworten auf dein Anliegen? Die Website enthält auch ein Online-Formular für weitere Fragen: www.unia.ch/coronavirus





WORKLESERFOTO

Treuer Frühlingsbote: Lungenkraut

WANN 17. März 2020
WO Mumpf AG
WAS Blühendes Lungenkraut
Eingesandt von Ruth Rios, Wallbach AG

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.
Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

WORKPOST

Corona-Virus und Arbeitswelt: Bestehende Rechte und neue Regeln

Schutz vor Viren, Schutz vor Unr

So ausserordentlich wie die Lage sind zurecht die Probleme am Arbeitsplatz. Zwei Themen sind besonders akut: die Sorge um die Gesundheit und die Folgen der Kurzarbeit. Dazu die Grundregeln und Fragen aus der Berntungspraxis des Unia-Rechtsdienstes.

Gesundheit geht vor
Gesundheit ist das oberste Ziel. Die Unia empfiehlt, die Gesundheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu schützen. Das bedeutet, dass die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber für die Gesundheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Sorge zu tragen haben. Das bedeutet auch, dass die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber für die Gesundheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Sorge zu tragen haben. Das bedeutet auch, dass die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber für die Gesundheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Sorge zu tragen haben.

Wie wehre ich mich gegen «Ständage»-Ferien?
In einem Firmeneinsatz sind die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu arbeiten. Das bedeutet, dass die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber für die Gesundheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Sorge zu tragen haben. Das bedeutet auch, dass die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber für die Gesundheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Sorge zu tragen haben.

Handels Sie hat ungenügender Hygiene!
Die Firma muss sicherstellen, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Firma gesund bleiben können. Das bedeutet, dass die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber für die Gesundheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Sorge zu tragen haben. Das bedeutet auch, dass die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber für die Gesundheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Sorge zu tragen haben.

Muss ich trotz Verunsicherung weiter zur Arbeit?
Ich sollte in Absprache mit dem Unia-Rechtsdienst prüfen, ob ich weiter zur Arbeit gehen kann. Das bedeutet, dass die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber für die Gesundheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Sorge zu tragen haben. Das bedeutet auch, dass die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber für die Gesundheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Sorge zu tragen haben.

Muss ich trotz Verunsicherung weiter zur Arbeit?
Ich sollte in Absprache mit dem Unia-Rechtsdienst prüfen, ob ich weiter zur Arbeit gehen kann. Das bedeutet, dass die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber für die Gesundheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Sorge zu tragen haben. Das bedeutet auch, dass die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber für die Gesundheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Sorge zu tragen haben.

WORK 6 / 27.3.2020: SCHUTZ VOR VIREN, SCHUTZ VOR UNRECHT!

Hilfe bei prekären Jobs!

Im Bereich der Event-Organisation (Installieren der Ton-, Licht- und Bildübertragungsanlagen...) gibt es Hunderte von Freelancern, die von Event-Firmen nur bei Bedarf im Stundenlohn für einige Tage engagiert werden. Die meisten dieser Freelancer haben gar keine Arbeitsverträge. Diese Personen fallen jetzt zwischen Stuhl und Bank, da sie gemäss aktuellem Stand weder von der EO noch von der ALV irgendwelche Entschädigungen erhalten oder, falls doch, dann sehr kleine Beträge. Für diese Arbeitsverhältnisse sollte der Bundesrat unverzüglich eine unkomplizierte Pauschalregelung festlegen: zum Beispiel einen Festbetrag zwischen 1500 und 2500 Franken pro Monat, um die dringendsten Ausgaben zu decken. Es darf nicht sein, dass ausgerechnet jenen Leuten mit den

prekärsten Arbeitsverhältnissen nicht vom Staat geholfen wird.

K. AMREIN, HOCHDORF LU

WORK 6 / 27.3.2020: OHNE SIE GEHT NICHTS

Kehrseite der Globalisierung

Auf den Coronavirus war die Schweiz nicht vorbereitet. China war weit weg, und Italien hat man als Spezialfall abgetan. Panik und Aktivismus ist nun zur Normalität geworden – siehe Hamsterkäufe usw. Die Globalisierung zeigt in diesen Zeiten die negativen Seiten. Erstens können sich Krankheiten viel schneller ausbreiten. Zweitens sind wir dermassen vom Ausland abhängig, dass nicht mal die wichtigsten Produkte gewährleistet sind. Da nützt es auch nicht viel, Geld in die Wirtschaft zu pumpen, wenn wichtige Produkte hier gar nicht mehr produziert werden – siehe Schutzmasken, Medikamente

usw. In Bern war wahrscheinlich immer noch das Schreckensszenario «Russe vor der Tür» an oberster Stelle. Das zeigen auch die Milliarden für Rüstungsvorhaben. Am Schluss sind wieder die Arbeitnehmerinnen, Rentnerinnen und Rentner die Lackierten. Denn aus dieser Krise werden wieder die üblichen Schlaumeier und Kriminellen als Gewinner hervorgehen.

PAUL BIND, HOCHFELDEN ZH

WORK 6 / 27.3.2020: DIE KRISE HINTER DER KRISE

Fantastischer Artikel

Oliver Fahrni schrieb einen fantastischen Artikel in der letzten Ausgabe: «Die Krise hinter der Krise!» Sehr klug und wichtig, was er schreibt. Ich teile seinen Artikel auf Facebook. Chapeau, sehr gut gemacht, und vielen Dank!

WORK 6 / 27.3.2020: CORONA-KRISE

Ein grosses Dankeschön

Merci. Es ist eine ausgezeichnete Nummer.

ELISABETH JORIS, ZÜRICH

Selektionierte Info-Dosierung

Wann hat sich das letzte Mal eine Infektionswelle in den Medien so

überwältigend ausgebreitet? Nicht einmal das hochgefährliche Trumpf-Virus hat uns in den inzwischen fünf Jahren seines Wütens vergleichbar heftige Husten- und Niesanfälle beschert, und das will etwas heissen! Allenfalls anno 9/11 legte ein Sturm ähnlicher Windstärke aus dem Blätterwald durch unsere Stuben und Schlafzimmer und bannte uns mit so stierem Blick an die Bildschirme. Dabei verbreitet sich das Coronavirus garantiert nicht gleichermassen tsunami-mässig wie die medialen Viren. Auch die Zerstörungen, die es anrichtet, dürften nicht so verheerend ausfallen wie all die Ohnmachtdemonstrationen, mit denen die Machthaber sich nun täglich selbst und gegenseitig übertrumpfen – ob wirklich in Reaktion auf das Virus oder nicht vielmehr im verzweifelten Versuch, den irre gewordenen Bock, der ihnen den Garten zerzaust, so gut es geht, als Gärtner einzuspannen, aus Angst, sonst hinweggefegt zu werden von der Wucht des medialen Schneeballsystems, das nun in (Fehl-)Info-Übereifer unaufhaltsam Verwirrung stiftet, das sei dahingestellt. Jedenfalls: Wer sich jetzt nicht geisttötender Ansteckungsgefahr aussetzen oder gar den Verstand verlieren will, der verschreibt sich strikte Medienabstinenz oder zumindest eine stark minimierte, genauestens selektionierte Info-Dosierung. Oder liest work (Red.).

BENJAMIN KRADOLFER, BELLACH SO

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an redaktion@workzeitung.ch oder an Redaktion work, Leserbriefe, Gewerkschaft Unia, Weltpoststrasse 20, 3000 Bern

WORKFRAGE VOM 27.3.2020

Soll der Bund mehr Geld gegen die Krise sprechen?

HILFE FÜR VIELE – VORERST

Niemand weiss, wie sich die Corona-Krise genau entwickeln wird. Unsere Regierung hat in Absprache mit Fachleuten verschiedene Richtungen ein Hilfspaket von 40 Milliarden Franken geschnürt. Das ist viel Geld, durchschnittlich 4000 Franken pro Einwohner. Damit kann vorerst vielen geholfen werden. Ob es reichen wird, weiss zum jetzigen Zeitpunkt aber noch niemand. Alle entsprechenden Aussagen darüber sind daher unvernünftig und unverantwortlich.

FRITZ LUTZ, HÜNENBERG ZG

WORKFRAGE VOM 13.3.2020

Muss der Bundesrat jetzt ein Konjunkturprogramm lancieren?

GEWINN ZU LÖHNEN UMWANDELN

Nein! Nicht mit den immergleichen Methoden den Kapitalismus-Lierkasten füttern. Bei den mickrigeren Firmensteuern, die laufend gesenkt werden? Nein. Jetzt machen die sinnlosen Firmengewinne Sinn: Den Arbeitnehmenden Wertschätzung konkret erweisen und die Löhne weiterzahlen. Der Bund sollte höchstens dafür sorgen, dass die Wirtschaft robust wird. Das ist ja lächerlich, dass zum Beispiel so ein einfaches Ding wie Gesichtsmasken hier nicht hergestellt werden kann. Regional produzieren – regional konsumieren.

PAUL DORN, ZÜRICH

workquiz

Wie gut sind Sie?



FOTO: VERENA ZÜRCHER

1. Ostern I:

Was ist Huhn Henriette Hermine auf Seite 2 für eine Sorte Huhn?

- a) Eine Zwergwyandotte?
- b) Eine Bergwyandotte?
- c) Eine Werkwyandotte?
- d) Ein Workwyandotte?

2. Ostern II:

Wie viele Eier legten 2019 alle Hennen in der Schweiz?

- a) Über 1 Million?
- b) Über 10 Millionen?
- c) Über 100 Millionen?
- d) Über 1 Milliarde?



3. Ostern III:

Was kann Chüngel Bilbo auf Seite 2 besonders gut?

- a) Schnurren wie eine Katze?
- b) Chnurren wie ein Hund?
- c) Heulen wie ein Wolf?
- d) Grunzen wie ein Schwein?

4. Ostern IV:

Was wünschen wir uns jeweils zu Ostern?

- a) Rohe Ostern?
- b) Frohe Ogtern?
- c) Hohe Ostern?
- d) Frohe Ostern?

Die Antworten finden Sie in dieser work-Ausgabe – oder, indem Sie sich oder die Zeitung auf den Kopf stellen!

Lösungen: d4 ; 3b ; 2d ; 1a ; 1a

Unser aller Krisen-Koch

Daniel Koch ist die coolste Socke auf dem Corona-Parkett. Das «tough cookie» der Krisenhandhabung. Und er bleibt es über seine offizielle Pensionierung hinaus. Das ist für die Krisenbewältigung grad so wichtig wie mehr Tests, mehr Masken und mehr Überbrückungshilfen.

Das Jackett war immer schon ein bisschen zu gross um die Schultern, und in den vergangenen Wochen scheint der Kittel noch grösser geworden zu sein. «Mister Corona» wird immer grösser, sein Körper immer schmäler. Die Ansteckungszahlen höher, die Liste der Toten länger.

WEITERMACHEN. Seit dem 30. April ist Daniel Koch offiziell pensioniert als «Leiter Abteilung Übertragbare Krankheiten» beim Bundesamt für Gesundheit (BAG). Aber er macht weiter. Muss weitermachen. Weil der Virus weiter Corona-Epidemie macht. Und weil niemand mitten in der Krise einen Mann missen will, der von Beginn weg wie eine personalisierte Wand stand. Gegen den Virus und seine Folgen. Okay, optisch eine schmale Wand, aber trotzdem eine wuchtige.

Jetzt ist Daniel Koch «Delegierter des BAG für Covid-19». Und macht das Gleiche wie vor dem 30. April. Ausgerechnet an seinem letzten offiziellen Arbeitstag trat er mit einem kräftigen Pflaster auf der Stirn vor die Medien. Unterdessen ist das Pflaster wieder weg. Jetzt ist der Blick frei auf die Wunde, einen kräftigen schon fast etwas Ver-Coronian». Koch ist genau so wie die Schweiz Eine Epidemie-Wand. rona-Krise erklärt und sachlich, was tinnen und Experten Spitälern ist – und wie waschen! Abstand halten. Politiker. Wissenschaftlerin. Fakten und schlagen Massnahmen vor. Die Politik entscheidet. Vielleicht sind Koch und sein Team bisher auch deshalb so erfolgreich, weil Kochs oberster Dienstherr Alain Berset bereit ist, auf die Wissenschaft zu hören – und dann politisch zu entscheiden.



FOTO: KEYSTONE

DER KONJUNKTIV. Gefühlt alle zwei Tage tritt Koch seit Wochen vor die Medien. Beantwortet geduldig die immergleichen Journalisten-Fragen von Masken-Fetischistinnen und schnellgebleichten Epidemiologen. Sagt, was er weiss – und sagt vor allem auch, was er noch nicht weiss. Und manchmal mit feiner Ironie über die täglichen medialen Aufgeregtheiten. Schon jetzt ein Klassiker ist diese Szene: Koch erklärt zu einem angeblichen oder tatsächlichen Durchbruch der Pharma vorsichtig: «Das könnte...» Ein sich besonders gewitzt fühlender Journalist fragt nach: «Warum *könnte*? Können Sie mir den Konjunktiv erklären?» Und Koch trocken: «Ich bin kein Sprachwissenschaftler. Nein, ich kann Ihnen den Konjunktiv nicht erklären.» Grosses Kino in der grossen Krise, in der auch die Kinos geschlossen sind.

Wenn wir aus dieser Krise gesundheitlich als Gesellschaft mit einem Pflaster auf der Stirn rauskommen, dann auch dank Kommunikator Koch. Wenn wir schon ausgesperrt sein müssen von den guten Köchen in den Beizen, so haben wir doch immerhin noch einen Koch unseres Vertrauens. CLEMENS STUDER

**Sozialabbauer? Lohndumper?
Jobvernichter? work nennt die Namen.
Angriffig, kritisch, frech.**

work abonnieren.

**Für nur Fr. 36.- im Jahr
jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.**

Vorname/Name

Strasse

PLZ/Ort

Telefon/E-Mail

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **Fax** 031 350 24 55 **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch **Internet** www.workzeitung.ch **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), mariejoseekuhn@workzeitung.ch; Anne-Sophie Zbinden (Stv. Chefredaktorin, Produzentin), annesophiezbinden@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Jonas Komposch, jonaskomposch@workzeitung.ch; Patricia D'Incau, patriciadinciau@workzeitung.ch **Mitarbeit an dieser Nummer** Peter Bodenmann, Oliver Fahrni, Martin Jakob, Andreas Rieger, Clemens Studer, Jean Ziegler **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Sylvia Aeschbach, sylviaaeschbach@workzeitung.ch **Korrektorat** Andrea Leuthold **Sekretariat** Mirka Grossenbacher (Mo-Mi, Fr.), verlag@workzeitung.ch **Anzeigenmarketing** Mirka Grossenbacher, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch **Druck** CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo-Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch **Auflage** 83 058 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.